

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Pressereform in Oestreich.

Vor ein paar Jahren stand vor dem Wiener Bezirksgericht ein Mann, dessen ganze Verteidigung in der Behauptung bestand, er habe nicht das ihm zur Last gelegte geringfügige Delikt begangen, sondern ein viel schwereres, für das er ungefähr ebensoviel Jahre Zuchthaus verdiene, als der Richter nach der vorliegenden Anklage Wochen Haft über ihn verhängen konnte. Dieser Mann, der es eindringlich beschwor, er sei kein harnloser Delinquent, sondern ein ganz gefährlicher Verbrecher, war keineswegs ein entsprungenen Tollhänker, sondern ein socialdemokratischer Agitator und zugleich ein gewiegter Jurist. Der eigentliche Zweck seiner scheinbar sehr selbstsamen Verteidigung war aber, dem Gerichtsstande des Berufsrichters zu entgehen und vor die Geschwornen gestellt zu werden.

Jetzt, da dem österreichischen Abgeordnetenhause ein neuer Pressegesetz-Entwurf zur Beratung vorliegt, der alles enthält, was eine österreichische Regierung an moderner Gesinnung aufzubringen im Stande ist, wird dieses alte vergessene Geschichtchen wieder aktuell. In Wien war es inwischen unmodern geworden. Der alte Ruf der Geschwornen, Hüter der freien Meinungsäußerung zu sein, wurde gründlich zerstört durch eine Reihe von Presseprozessen, die von christlich-socialen Gemeindegroßen gegen die „Arbeiter-Zeitung“ angestrengt worden waren und eine geradezu schändliche Parteilichkeit der ungelahrten Richter gezeigt hatten. Möchte der gelehrte Richter noch so sehr vom Kasellengeist und vom Gefühl der Abhängigkeit erfüllt sein, so setzte das Gesetz und seine juristische Ueberzeugung der Betätigung seiner bürgerlichen Bestimmung doch an einem gewissen Punkte feste Schranken. Ueber diese Schranken aber setzte sich der ungelehrte christlich-socialen Richter ohne weiteres hinweg. So begann man in Oestreich eine Erfahrung zu machen, die man hier in Deutschland vornehmlich in Meineids-Prozessen längst gemacht hat: daß nämlich das bureaukratische Kasellengericht und das bürgerliche Kasellengericht, der Schula und der Charakters sind dergleichen wären, und was der einen ausweiche, der andern in den Rücken gerate, daß beide Gerichtsstände Institutionen der kapitalistischen Klassenjustiz seien.

Der neue Pressegesetz-Entwurf des Herrn v. Koerber hat sich diese Stimmung zu nütze gemacht. Während er einerseits in mancher Beziehung mit dem alten Urkat anknüpft, das objektive Verfahren, wie das Kolportageverbot ungefähr auf das Maß der deutschen Gesetzgebung einschränkt, liefert er den Presslinder dem Berufsrichter aus. Es ist ein Grundsatz der österreichischen Regierung, von zwei Uebeln immer dasjenige zu wählen, das für die Bevölkerung das größere ist. Es ist österreichisch ist aber auch die Art, mit der dieser neueste Fortschritt in Szene gesetzt ward. Die Gerichtsbarkeit der Geschwornen in Presssachen, die bisher im weitesten Umfange bestanden hat, bleibt dem Anschein nach auch weiterhin fast unbeschränkt bestehen. Alle Meinungsäußerungen, die ein Verbrechen oder ein Vergehen enthalten sollen, unterliegen auch weiterhin ihrem Urteil. Die Ehrenbeleidigungen aber werden zur geringsten Kategorie von Gesetzesverletzungen, die das österreichische Strafgesetz kennt, zu Uebertretungen gemacht und den gelehrten Einzelrichtern der Bezirksgerichte überantwortet.

Es war nun in Oestreich schon bisher eine beliebte, wenn auch nicht immer anwendbare Praxis aller Beleidigten, die das Schwurgericht scheuten, zu behaupten, sie wären nicht beleidigt, sondern „beschimpft“ worden und eine solche „Beschimpfung“ gehöre als Uebertretung vor das Bezirksgericht. Dieser Weg erschien immer — man mag den Schwurgerichten noch so viel Uebles nachsagen — bequemer, billiger und sicherer. Wird der österreichische Regierungsentwurf Gesetz, dann wird jede Behörde vor den Angriffen der Presse Schutz beim mehr gelehrten als gelehrten Berufsrichter suchen dürfen und — finden können.

Die Verteidiger dieser reaktionären Reform berufen sich mit Vorliebe auf die norddeutschen Rechtsverhältnisse, die bekanntlich dem Berufsrichter einen noch viel weiteren Raum der Betätigung eröffnen. Aber auch manche ihrer Gegner, wie Fritz Kusterly in seiner jüngst erschienenen Broschüre „Pressefreiheit und Preßrecht“ (Wien 1902, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung) behandeln immer noch der „Pressefreiheit wie in Preußen“ gegenüber einen gewissen Respekt. So rühmt Kusterly, wie einem die Rechtswohlthat des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in Deutschland genommen würde und beruft sich dabei auf eine Klage Normann-Schumanns gegen das „Berliner Tageblatt“, wegen der Verfälschung der Hunnenbriefe. Das Schöffengericht hatte damals im Juni dieses Jahres, erkannt, daß sich die Interessen des Angeklagten „mit den Interessen jedes einzelnen Deutschen und der deutschen Nation“ decken. Gleichzeitig aber dem wurde ein Redakteur des „Vorwärts“ im letzten seiner berühmten Hunnenbriefprozesse zu schwerer Freiheitsstrafe verurteilt, obwohl die Ausbeutung der im Chinafeldzuge verübten Thaten allenfalls auch im Interesse jedes einzelnen Deutschen und der deutschen Nation gelegen war. Außerdem ist es bekannt, daß die neuere erzklerikale Rechtsauslegung des deutschen Reichsgerichts nur die Interessen für „berechtigter“ hält, die persönlicher Natur sind, während die Vertretung idealer Interessen nicht unter den Schutz des § 193 fallen.

Das nur nebenbei. Im ganzen wird die Abneigung, die Kusterly gegenüber Berufsrichtern hehlet, wohl begründet, durch die überreichen Erfahrungen, die wir in Norddeutschland mit wahren Presslindern gemacht haben. Rämten nach dem österreichischen Entwurf auch nicht ein, zwei- und dreijährige Gefängnisstrafen von gelehrten Richtern über Presslinder verhängt werden, so würde man durch die Masse der Urteile die mangelnde Schwere der einzelnen Bestrafungen wohl wieder wettmachen.

Es handelt sich hier um eine Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung. Das Geschwornengericht ist bei seiner jetzigen in die Willkür der Behörde gestellten Zusammenfassung weit davon entfernt, das Ideal eines unabhängigen und unparteiischen Gerichtshofes zu sein. Es ist aber immer noch besser, wenn ein Richter von der Vollstimmigkeit abhängig und von seiner Parteilichkeit beeinflusst ist, als wenn er sich durch Geburt, Erziehung und amtliche Stellung im bannkreise Klassenstaatsbürokratischer Anschauungen befindet. Denn für die Presse ist die Kritik am Staate und an seinen Behörden immer der wichtigste Teil ihrer Tätigkeit. Gerade auf diesem Gebiete aber urteilt der Bauer, der Kaufmann, der Fabrikbesitzer immer noch unbefangener als der staatslich angestellte Richter. Trotz dem Palladium seiner Unabsehbarkeit bleibt der Berufsrichter immer noch ein Angestellter des Staates und es heißt einfach den Staat zum Richter über sich selbst machen, wenn man über die Verechtigung jener Kritik, die an behördlichen Personen geübt wird, den Berufsrichter entscheiden läßt.

Im Prozesse wider die „Staatsbürger-Zeitung“ hat bekanntlich der Vorsitzende die Behauptung, ein Bürgermeister habe sich trefflich auf die Kunst verstanden, sich mißliebige zu machen, für eine Verleumdung erklärt. Es ist immerhin fraglich, ob sich Wiener Geschworne, hätte es auch „ihren“ Bürgermeister betroffen, zu einer solchen Reinsichtigkeit des Urteils aufgeschwungen hätten!

Schwerfällig und langsam ist das alte Oestreich davorgegangen, sich vom Weichselkopfe seiner Pressegesetzgebung zu befreien, und sich im allgemeinen auf das Niveau der norddeutschen „Pressefreiheit“ zu erheben. Was ist damit gewonnen? Die Einführung einer gemäßigten Kolportagefreiheit ist nicht viel mehr als die Befestigung eines thatsächlichen Zustandes, der sich dem Gesetze zum Trotz durchgesetzt hat. Als wirklicher Gewinn bleibt die Befestigung des objektiven Verfahrens, die Konstitution von Druckstrafen, die die Behörde bisher mit bloß vorgeschickten Gründen aus bloßer Zerstückelung betwerfstelligen konnte. Dazu droht ein Zustand allgemein zu werden, der durch jenes Störchen, das wir einleitend erzählten, hinreichend gekennzeichnet wird.

Die Verleumdungsparagraphen des österreichischen Strafgesetzes wollen ungefähr das werden, was in Sachsen der große Rufungsparagraph ist. Mit ihnen will man alles fassen, was sonst nicht zu fassen ist. Wo sie nicht ausreichen, soll durch besondere gesetzliche Bestimmungen eine wohlthätige Ergänzung geschaffen werden. In Sachsen wird es bekanntlich als großer Mißgriff betrachtet, wenn man mittelste, es sei von einer bestimmten Verhalt wegen schwerer Differenzen „Zugzug fernzuhalten“. Der österreichische Pressegesetz-Entwurf enthält eine Bestimmung, die Wohlthätigkeitserklärungen unter Strafe stellt.

Auch für die bescheidenen Verhältnisse unsres östlichen Europas kommt Oestreich selten in die Lage, andern als Vorbild dienen zu können. Herr v. Koerber, der seinen Pressegesetzentwurf fast dreißig Jahre nach der Entstehung des deutschen verfaßt, hat keinen Ehrgeiz bekundet, auch einmal an der Spitze der Zivilisation zu marschieren. Dazu hätte nun freilich auch eine eingreifende Revision jenes Teils des österreichischen Strafgesetzes gehört, der sich mit den sogenannten Meinungsdelikten beschäftigt. Hochverrat begehrt, „wer etwas unternimmt“, das Vergehen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, wer „zum Hass und zur Verachtung aufreizt“, Majestätsbeleidigung, wer die Ehrsurcht (!) gegen den Kaiser verlegt. Daran wird nun freilich bis auf weiteres nichts zu ändern sein. Die Gesetze dieser ungelieblichen Gesetzesbestimmungen für die Presse sind zudem gering, so lange die Rechtsprechung über diese „schweren“ Delikte der Jury verbleibt. — Sicherlich werden die Genossen im österreichischen Reichsrat allen, die um die Freiheit der Presse besorgt sind, zu Danke arbeiten, wenn sie jedem weiteren Einbringen des Berufsrichtertums in die Rechtsprechung über Preßvergehen mit dem denkbar härtesten Widerstand begegnen werden, woran es dem — besonders nach Kusterly! — überzeugenden Ausfahrungen — gewiß nicht fehlen wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. November.

Eine neue Blamage

haben sich die Zuchtparteien bereits wieder in der Dienstags-Sitzung des Reichstags geholt. Die in jedem Betracht unfähige Mehrheit hatte am vorigen Donnerstag ein erhebliches Maß sittlicher Enttäuschung gegen den Antrag der Opposition aufgebracht, die ansichtslose Weiterberatung des Zolltarifs abzubrechen. Man hätte erwarten dürfen, daß die Herren angesichts der tönenden Erklärungen ihrer Führer wenigstens so viel Ernst und Eifer an den Tag legen würden, daß sie für ein beschlußfähiges Haus nach der kurzen Pause sorgen würden. Wie aber sah es am Dienstag aus? Auf den Bänken der Rechten und des Centrums waren während der ganzen Sitzung nur wenige Herren sichtbar, auch von den National-Liberalen fehlten die meisten. Es hätte für die Dulle wie für die Ueber-treibung der Gutmütigkeit bedeutet, wenn sie nicht für die öffentliche Konstatierung dieser Thatfache gesorgt hätte. So kam denn nach fünfständiger Debatte über die Kartelle ein Verhandlungsantrag, der um so berechtigter war, als die in letzter Zeit üblich gewordene übertriebene Ausdehnung der Sitzungen auf die Dauer die Leistungsfähigkeit des Parlaments nur herabsenken kann. Und diese Zünmigung der Mehrheitsparteien ist um so unerhörter, als sie selbst nicht anwesend sind und die überanstrengende Arbeit der Minderheit überlassen. Bei der Abstimmung war es in der That um so zweifelhafter, ob die Mehrheit oder die Minderheit sich für den Antrag erhoben hatte, als fast alle National-Liberalen unter Führung Bassermanns für den Verhandlungsantrag stimmten.

Auch nach der Gegenprobe blieb das Reichstagsbureau zweifelhaft. So mußte der Hammersprung vorgenommen werden. Sein Ergebnis war, daß 49 Abgeordnete der socialdemokratischen, freisinnigen und national-liberalen Fraktion durch die „Ja-Stimme“ marschierten, während 88 Abgeordnete des Centrums und der Rechten durch die „Nein-Stimme“ schritten. In aller Eile waren, bevor es zu dieser Probe kam, von der Majorität noch alle Mitglieder, die sich an andern Stellen des Hauses aufhielten, herbeigeholt worden. Das Haus war aber trotzdem nicht beschlußfähig, und die Sitzung mußte abgebrochen werden. Die Rut der Herren war nicht gering. Für Born richtete sich gegen die Gewissenhaftigkeit des Präsidiums. „Und das Bureau war zweifelhaft!“ riefen sie nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses. Sie übersehen ganz, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Vertagung dasselbe Resultat ergeben hätte. Sobald das Kind in den Brunnen gefallen war, eilten die Führer der Majorität ihn wieder zugucken. Eine Zeit lang war der Postraum gefüllt von den Einseitigkeiten der Mehrheit, die nach allen Richtungen der Windrose an die Säumnigen telegraphierten. Schade um das schöne Geld!

Die Kartelldebatte, die diesem Ende voranging, bot trotz ihres akademischen Charakters einige interessante Momente. Daß Herr Dr. P a a s c h e im Gegensatz zu seinem Parteifreunde Hepl zu Herrn Heim als Redner der Kartelle auftrat und in ihren Ausschreitungen nur eine Kinderarbeit erblickte, wo doch ein Konstitutionsfehler vorliegt, war freilich nicht auffällig. Wichtiger war schon, daß Herr S a m p, der sehr stark sonst in Mittelstandspretierei macht, diese Wasse hier abwarf (und die mittelstandsfressenden Kartelle für eine absolute Notwendigkeit, für Kinder der Not erklärte. Sein Geschwäg über die ethische Verechtigung der Schutzoll-Politik schloß passend mit einer Hymne auf die sozialen Wohlfahrtsbestrebungen der Laura-Gütte. Die Angaben darüber hat er sicherlich von seinem Freunde und Nachbarn Herrn v. Kardorff bezogen.

Von der Linken kamen Herr Dr. P a c h u i d e, Herr D r ö m e l und von untrer Fraktion Genosse V e b e l zum Wort. Die beiden Redner der freisinnigen Vereinigung führten den eingehenden Nachweis, daß das Kartellwesen auf das engste mit der Schutzollpolitik zusammenhängt und brachten eine Reihe von Beispielen für die Preissteigerung der Spindlats auf dem Weltmarkt, die durch Uebertreibung der inländischen Konjunktur ermöglicht wurde. V e b e l polemisierte gegen Herrn Samp, der die allgemeine Wehrpflicht und die Schulpflicht für eine Belastung der deutschen Industrie erklärt und die Versicherungs-Gesetzgebung wieder einmal zur Verteidigung der Schutzollpolitik benutzte hatte. Treffend erwiderte unser Redner, daß Herr Samp, wenn ihm die allgemeine Wehrpflicht nicht gefalle, sich untrer Militärantagen anschließen möge. Die allgemeine Schulpflicht bedeute eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft und ermögliche eine Entwicklung der Industrie. Ein großes Stück der sozialen Gesetzgebung würden die deutschen Arbeiter gern hingeben, wenn sie die Preß-, Vereins- und Koalitionsfreiheit besitzen, die in untrer Konkurrenzländern vorhanden ist. Eingehend schilderte V e b e l die Begünstigung des Kartellwesens durch die Eisenbahnpolitik Preußens und die Schädigung der Verarbeitungsindustrie durch die Preispolitik der die Rohstoffe und Halbfabrikate erzeugenden Verkaufsvereinigungen auf dem Weltmarkt. Zum Schluß erörterte er die Wirkung dieser mächtigen kapitalistischen Organisationen auf die Arbeiterbewegung und forderte eine gewerkschaftliche Zwangsorganisation der in Kartellen beschäftigten Arbeiter.

Die Debatte, an der sich auch der Handelsminister W i l l e r mit einer kurzen, nichtsagenden Verächtigung und der „Hauptmann der Kartelle“ Herr Dr. Baumer mit einer längeren Rede beteiligten, wird Mittwoch fortgesetzt werden. —

Freie Rechtspflege.

Wir hatten nach dem Tratehner Schulprozeß darauf aufmerksam gemacht, daß die Beleidiger zwar mit einer gelinden Geldstrafe davon gekommen seien, daß ihnen aber durch die großen Gerichtskosten, die sie zu tragen hätten, der wirtschaftliche Ruin drohte.

Es wird nun mitgeteilt, daß diese Kosten sich auf 12 000 bis 20 000 Mark belaufen. Die bürgerliche Presse ist entsetzt darüber, daß Personen, die eine gute Sache vertreten haben und aus rein formalen Gründen mit einer kleinen Geldstrafe bestraft wurden, nur wegen des Zufalls der Verurteilung mit so ungeheuren Kosten belastet werden können. Man weiß aber keinen andern Rat als die Niederfahlgung der Kosten auf dem Gnadenwege.

In Wahrheit ist der Fall ein klassisches Schulbeispiel für die socialdemokratische Forderung freier Rechtspflege, ohne die der durch das Interesse der ganzen Gesellschaft geforderte Kampf ums Recht zu einem Privileg der Reichen wird, während die Besitzlosen zum schweigenden Dulden aller Unbill, zur Wehrlosigkeit oder — wenn sie es dennoch wagen — zum wirtschaftlichen Zusammenbruch verurteilt werden. —

Die amerikanischen Wahlen.

In den Vereinigten Staaten fanden heute, Dienstag, die Wahlen zum Kongreß statt, durch die in 42 von 45 Staaten — drei Staaten haben die Wahlen bereits im Herbst vollzogen — die Mitglieder des Repräsentantenhauses neu zu wählen sind, während für den Senat ein Drittel der auf 6 Jahre erwählten 90 Senatoren, zunächst durch die Wahl von Staatslegislatoren, zu erneuern ist. Ferner findet in einer Reihe von Bundesstaaten die Wahl von Gouverneuren, Richtern usw. statt. Infolge der letzten Volkszählung im Jahre 1900 werden statt der bisherigen 367 Mitglieder des Repräsentantenhauses deren 386 zu wählen sein.

Ueber den Ausgang der Wahl lassen sich nur schwer Vermutungen anstellen. Trotzdem im Repräsentantenhaus die Majorität der Republikaner nur aus 38 Stimmen besteht, also eine relativ geringe ist, ist es doch das Wahrscheinlichste, daß die Republikaner eine wenn auch reduzierte Mehrheit behalten. Im Senat, wo jetzt 64 Republikaner, 30 Demokraten und vier Populisten und Unabhängige gegenüber stehen, ist die republikanische Mehrheit absolut ungefährdet.

Bei der Wahl hat der Kampf gegen die Trusts und den Imperialismus die bedeutendste Rolle gespielt. Die dreisten Annahmen der Kapitalmagnaten, die durch die hochschützöllnerische Politik begünstigt wurden, und die schlimmen Erfahrungen der kolonialpolitischen Abenteuer in Asien und Mittelamerika haben viel Erbitterung hervorgebracht. Die Agitation, die von den Demokraten dagegen geführt worden ist, war jedoch nicht allzu ernst gemeint, so daß ein Sieg der demokratischen Partei schwierig einen ernstlichen Bruch damit bedeuten würde. Das wissen auch die Wählermassen und deshalb dürfte die Agitation kaum eine Niederlage der nun seit zehn Jahren am Ruder befindlichen republikanischen Partei herbeiführen. Präsident Roosevelt, der aus dieser Partei hervorgegangen ist, hat zudem nach Kräften dazu beigetragen, um dem Ansturm der Republikaner die Spitze abzubringen. In unzähligen Reden hat er ja geschwehentliche Maßnahmen gegen die Ausschreitungen des Trustwesens angekündigt. Er hat ferner zur Verschärfung der Unzufriedenheit mit dem Hochschützöllner den Vorschlag gemacht, die Frage der Revision des Zolltarifs einer aus beiden Parteien zusammengesetzten Kommission zu unterbreiten, durch welchen tatsächlichen Zug er die Frage bei dem Wahlkampf möglichst auszusparen beabsichtigt. Schließlich haben ihn die Rücksichten auf die Wahlen bezogen, den pennsylvanischen Kohlenarbeiterstreik, der die Waffen gegen die Trusts und das republikanische Großkapital erhitte hatte, durch Einsetzung des Schiedsgerichts zu schlichten. Dieser Akt hat infolgedessen wenigstens völlig den beabsichtigten Erfolg gehabt, als die Vergarbeiter sich bereits als die Sieger betrachteten, die dem koalitierten Kapital eine Niederlage beigebracht haben — als ob die Kapitalisten nicht selbst schon aus Wahlrücksichten den Rooseveltischen Vorschlag mit beiden Händen hätten ergreifen müssen. Die amerikanischen Arbeiter haben leider ein kurzes Gedächtnis, sonst hätten sie wissen müssen, daß eine momentane Nachgiebigkeit des republikanischen Unternehmertums stets gerade dann zu verzeichnen war, wenn Wahlen bevorstanden.

Nach alledem ist wohl ein Anwachsen der demokratischen Mandate, schwerlich aber eine demokratische Majorität zu erwarten. Die bessere Organisation der Republikaner, ihre Beherrschung der Presse und ihre unerschöpflichen Geldmittel, die bei amerikanischen Wahlkämpfen bekanntlich eine ungemessene Rolle spielen, werden ihnen einstweilen noch die Majorität sichern. Außerdem wäre es den Demokraten nicht einmal besonders erwünscht, jetzt eine Majorität zu erringen, da sie der Ansicht sind, daß sie sich bei der nächsten Präsidentenwahl in einer günstigen Situation befinden, wenn ihnen für die Handlungen des Regierungapparates, der vorläufig doch in republikanischen Händen verbleiben würde, nicht einmal eine formale Verantwortung aufgebürdet werden könnte.

Deutsches Reich.

Bringengefälle 1848.

Der Kronprinz Friedrich Wilhelm, nachmaliger Kaiser Friedrich III., gilt bei der Bourgeoisie als ein Ausbund von freisinniger Gesinnung, weil er es liebt, dem bekannten Kronprinzen-Liberalismus zu huldigen, so lange er nicht in der Macht war.

Unter welchen erzieherischen Einflüssen aber auch dieser Hohenzoller herangewachsen ist, davon zeugt ein Schreiben in der „Deutschen Rundschau“ verfassender interessanter Brief des Prinzen Friedrich Wilhelm, den er unmittelbar nach den Märztagen 1848 an einen Freund geschrieben. Der Prinz war damals kein Kind mehr, als Jüngling von 17 Jahren hätte er wohl bei dieser Gelegenheit eine freiere und größere Auffassung verraten können, als sie in diesem Anglerzeugnis engsten dynastischen Familieninteresses zu Tage tritt. Der Brief lautet:

Potsdam, den 22. März 1848. Lieber guter Vater! Diesen Augenblick erhielt Deinen lieben Brief, den ersten, seitdem ich Berlin verlassen! Wie mir jetzt zu Mute ist, kannst Du Dir denken. Was ich seit dem Sonnabend bis heute erlebt habe, hat mich um viele Jahre älter gemacht, und ich muß gestehen, daß alles scheint mir jetzt ein böser Traum zu sein. Die furchtbaren Szenen des Sonntags und die heldenmütigen Truppen am Sonnabend, das ich alles vom Schlosse aus gesehen, brauche ich Dir nicht zu erzählen; Du weißt es ebenso gut, wenn nicht besser als ich. Als ich aber Berlin verließ Sonntagabend um 7 Uhr, und aus dem Schloß durch die Bürgergarden ging, blutete mein Herz. Zum Glück fand ich noch in den meisten Plüzen Soldaten, was mir noch ein beruhigender Anblick war. Vielfache Beweise von Anhänglichkeit seitens der Offiziere wurden mir noch erwiesen, bis ich in unserm Wagen die Linden herunter nach dem Hause des Major Schmidt in der Potsdamerstraße fuhr. Mit mir war noch meine Schwester; meine Eltern blieben noch beim König. Wir fuhren dann nach Potsdam und sind vor der Hand sicher. Den Abend dachte ich zu träumen; den schauerhaft entsetzlichen Anblick der Reichenproffession! Und der Ausmarsch der Truppen aus dem Schloß, wo auf einmal daselbst fast unvertheidigt war, war ganz schrecklich. Und was für eine Erniedrigung für unsern teuren König und die arme, kranke Königin, vom Volke gefordert, auf dem Balkon die greulichen Leichen, unter Gehül, Geschrei und Drohungen aufsehen zu müssen. Diese Geschichte ist mir fürchterlich, und nie mag ich wieder den Schloßhof betreten. Ueberhaupt, Berlin ist mir auf ewig wider! Sonnabend war ich von 4 Uhr ungefähr an bis Mitternacht auf dem Schloß, wo auf einmal daselbst fast unvertheidigt war, war dann angesehen. Mit welcher Tapferkeit die sich geschlagen haben, dafür können Worte nicht hinreichen. Gott sei Dank sind im Verhältnis mit der Canaille wenig geblieben; jede Nachricht von einem Verwundeten war mir schrecklich. Dies war der erste mörderische Kampf, dem ich beizuwohnte; nun kann ich in die Schlacht gehen, und der Anblick wird mir nicht neu sein. Sonntag ist der glücklichste Tag meines Lebens bis jetzt gewesen. Als ich den Morgen unser Haus verließ und nach dem Schloß fuhr, sagte mir eine Stimme: Du kommst fürs Erste nicht wieder! Und wie steht's! Meine meisten Sachen waren schon und sind in Sicherheit, vieles auch schon in meinen Händen. Von dem Augenblick an, wo ich das Schloß betrat und viele Offiziere meines Regiments mir in der tiefsten Ehrfurchung die Hand drückten, bis ich wieder abends fort fuhr, hörte das furchtbare Geschrei nicht auf und tönt mir die Nacht noch lange stets in den Ohren. Meine armen Eltern sind wohl und in Sicherheit. Papa geht nach England im Auftrage des Königs, flieht aber nicht. (Er „ging“ bekanntlich als Kaufmann Lehmann verkleidet bei Nacht und Nebel davon. Red. d. W.) Ich habe beide gesehen. In Potsdam ist alles in der größten Ruhe und Sicherheit. Die hiesige Schutzkommission benimmt sich in Unerwartung. Meine andern jüngeren Verwandten, mit Ausnahme meines Vaters Friedrich Karl und meiner Schwester, sind in Sicherheit, aber nicht mit uns. Die arme Charlotte ist außer sich und fast durch ein Wunder entkommen. Wann wird ihre Einsegnung stattfinden können! Und die meinige? Gott allein weiß es. Ich habe aber den Mut noch lange nicht verloren. Auf Gott vertraue ich; er wird's wohl machen. Für heute muß ich schließen. Ich habe Dir so ausführlich wie möglich alles erzählt,

was mir gerade durchs Herz ging, aber entsetzlich gekräftigt. Ich hoffe, Du wirst es aber lesen können. Daß Du jetzt so froh bist und das Vorgefallene vergißt, ist erklärlich bei der jetzigen Aufregung. Ich aber kann nicht froh sein, erkenne aber gehorsam die neuen Maßregeln des Königs an, die gewiß mit Gottes Hilfe segnend sein werden. Lange, lange wird es währen, ehe ich wieder froh sein kann! So bald ich mich nicht in Berlin. Nun lebe wohl! Verzeihe die schlechte Hand und grüße alle Freunde aufs herzlichste. Sage ihnen, sowie auch unsern Lehrern, daß ich stets an alle dachte, in Sicherheit wäre und auf Gott in allen Dingen vertraute, und das schwere Unglück, das über uns ausgebrochen, als von Gott kommend mit Mut und Fassung trüge. Teile den Freunden aus dem Briefe mit Vorsicht mit, was Dir gut dünkt, nichts oder alles; ich überlasse es Dir. Vetet alle für uns, so wie ich es für Euch thue. Gott segne Euch alle und gebe, daß wir uns recht bald wiedersehen! Dein ewig treuer Freund Friedrich Wilhelm.

Ich bitte Dich um Gottes willen, nimm Dich mit diesem Brief in acht und hüte Dich, ihn jemand zu zeigen. Teile lieber mündlich daraus mit, was über unser Schicksal beruhigen kann, nicht aber, was ich von Gedanken ausspreche. Glaube Du, den Brief nicht wohl verbergen zu können, so verbrenne ihn. Niemand darf ihn lesen, wenn nicht Schellbach, den ich übrigens schon gesehen und ausführlich gesprochen habe, und unter vier Augen, denn glaube mir wahrhaftig; es steht alles voller Spione und Emisäre, daß man sich mit jedem Wort in acht nehmen muß! Ich weiß es zu genau! Nimm Dich nur selbst recht in acht! Nun lebe wohl und denke an Vorsicht in allen Dingen. F. W.

In diesem Brief ist besonders charakteristisch die tolle, wahnsinnige Angst, die das Heldentum des Jünglings erfährt hat. „Nur sich in Sicherheit bringen“ — der eine Gedanke nur beherrscht ihn. Er mahnt den Freund eindringlich, mit dem Brief vorsichtig umzugehen; denn alles steckt voll Spionen, und er fürchtet für seine Person das Schlimmste, wenn der Herzenserguß der „Canaille“ bekannt wird. Als Canaille empfindet auch der Prinz das revolutionäre Volk von 1848. Die Opfer der Soldateska sind für ihn „gräuliche Leichen“. Nur eines bereitet ihm einigen Trost, daß von den Soldaten weniger gefallen sind als von den Bürgern.

Man braucht nicht von der proletarischen Weltanschauung erfüllt sein, selbst dem mattesten Liberalismus muß es Anstoß erregen, wie kleinlich ein jugendliches Gemüt, dem man doch einige stürmische Wallungen zutrauen sollte, weltgeschichtliche Ereignisse bejammert. Das ärmlichste Philistertum ist anscheinend auch in Schloßern wohl zu Hause.

Die „elende Flottenpolitik“. In seiner „Agrarcorrespondenz“ bekennst Du sich Herrn Edmund Klapper als Urheber des Verfalls, Centrums-Abgeordnete gegen die „elende Flottenpolitik“ zu erklären. Herr Klapper erzählt, er habe im Frühjahr 1900 mit Dr. Heim einen Briefwechsel geführt; er habe versucht, eine Konferenz politischer Persönlichkeiten herbeizuführen, deren Ziel sein sollte, bei der Verhandlung über das Flottengeleß von der Regierung sichere Versprechungen eines wirksamen Schutzes für die Landwirtschaft zu erhalten. Herr Klapper giebt nicht ausdrücklich zu, das Wort von der „elenden Flottenpolitik“ gebraucht zu haben, aber, da er es nicht bestritt, bestätigt er die interessante Mitteilung des Dr. Heim. Herr Klapper sagt auch deutlich, daß er noch heute dieselbe Meinung über diejenige Flottenpolitik hegt, die das Wohlergehen Deutschlands auf dem Wasser sucht.

Da die „Agrarcorrespondenz“ des Herrn Klapper nichts ist als ein Anhängel des Bündertums, so hat Dr. Heim durch seine Mitteilung die Bündlerpolitik mit scharfem Pfeil getroffen, jene Politik der hinterhältigen Intrigen, die über die „gräuliche Flotte“ und über die „elende Flottenpolitik“ insgeheim schmählt und wählt, aber vor der parlamentarischen Öffentlichkeit sich feig dem Flottenhies unterwirft, um nicht an hoher Stelle anzustoßen.

Herr Klapper läßt freilich für das enthaltene Bündertum auch am verräterischen Centrum einige Mache, indem er erklärt, daß er „eher als ein Scharfmacher des Centrums“ gelten könne, wie man aus meinen von der Centrumpresse, stets unentgeltlich, recht gern benutzten agrarpolitischen Artikeln ganz gut ersehen kann. Die heimliche Mitteilung von der „elenden Flottenpolitik“ der Bündler ist nicht interessanter als die klapperische Erzählung von der Centrumpresse, die sich durch Herrn Klapper, den Flottenfeind und extremsten aller Agrarier, scharf machen läßt.

Wegen der Fleischnot hat nun auch die Handelskammer in Düsseldorf Stellung genommen. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Kammer:

Die Handelskammer beschließt, bei dem Herrn Reichsanwalt zu beantragen, nach Düsseldorf die Einfuhr einer nach den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung bemessenen Zahl von Schweinen (300 Stück wöchentlich) unter den nötigen Vorsichtsmaßnahmen gegen Seuchen zu gestatten.

Ausgangspunkt für den Beschluß war die von statistischen Ämtern gemachte Feststellung, daß trotzdem in Düsseldorf im letzten Halbjahr über drei Millionen fremde Ausstellungenbesucher mit einem starken Fleischverbrauch aufgetreten sind, der Verbrauch an Schweinefleisch, der 1899 auf den Kopf der mittleren Bevölkerung noch 22,28 Kilogramm betrug, auf 17,02 Kilogramm im Halbjahr 1902 gesunken ist. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß in den ersten neun Monaten 1902, verglichen mit der gleichen Zeit der Vorjahre, die Einfuhr von Schweinen abermals gesunken ist, sie betrug 1901: 57 146 Stück, 1902: 53 949 Stück, das macht 3197 Stück weniger. Auch die Einfuhr von Schafen ist, entgegen den Behauptungen des Landwirtschaftsministers auf der Provinzial-Tierchau in Düsseldorf, zurückgegangen in der erwähnten Zeit (1901: 142 330 Stück, 1902: 119 223 Stück, also 24 113 Stück weniger).

Eine Fleischnot aber giebt es nicht, sagen die Fleischhändler und helfen obendrein, dem Volke das trodene Schwarzbrod verteilen.

Die Finanzmiserie der Einzelstaaten. Die Stats aller Einzelstaaten verraten die tiefen Spuren des Jammers der Reichsfinanzen. So wird auch in der Begründung zum Voranschlag des Stats für das Herzogtum Oldenburg auf die ungünstigen Wirkungen der Reichsfinanzlemme hingewiesen. Falls sich die Verhältnisse des Reichs gegenüber den Einzelstaaten nicht erheblich günstiger gestalten sollten, werde man wohl nicht umhin können, die Erleichterung neuer Einnahmequellen in Erwägung zu ziehen. Wenn letzteres nicht schon jetzt geschehen sei, so habe das vor allem seinen Grund darin, daß zunächst Klarheit darüber bestehen muß, wie es mit der Zollgesetzgebung oder einer sogenannten Reichsfinanzreform werden wird.

Auch diese Ausführungen bestätigen unsere Ansicht, daß das Interesse der Reichsregierung an den Wucherzöllen lediglich fiskalischer Natur ist. Die höheren Zölle sollen die Bankrotwirtschaft des Reiches, die ins Blaue hinein ungeheure Summen für Heer, Flotte und Weltpolitik verpuscht, vor dem Zusammenbruch retten. Das ist aber nur ein Grund mehr, diesen Zollgewinn zu verhindern, der nur zu neuen Ausgaben für kulturfeindliche Zwecke anreizen würde.

Es ist ganz gut, daß jetzt die Einzelstaaten die Folgen ihrer Nachgiebigkeit im Bundesrat am eignen Beutel spüren. Hier liegt noch das einzige Element der Hemmung!

Die agrarische Vertretung der Industrie, wie sie für den industriell entwickeltesten Staat, Sachsen, dank einem tollen Wahlgeiz möglich geworden ist, bringt die Industriellen Sachsens allmählich zum Bewußtsein ihrer Lage. So hat dieser Tage die Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller in Dresden eine scharfe Resolution gegen die agrarische Landtagsmehrheit gefaßt. Es wurde darin debattiert, daß die Interessen der sächsischen Industriellen, Handel- und Gewerbetreibenden in den beiden sächsischen Ständekammern so wenig nachdrücklich zur Geltung kommen. Die jetzige Zusammensetzung beider Kammern sei den wirtschaftlichen Verhältnissen Sachsens nicht entsprechend. Es solle

halbtig ein Gesandtschaftsvorlegungsverfahren betreffs Reueinteilung der Landtags-Wahlkreise in Sachsen auf Grund der neueren Ergebnisse in Bezug auf Bevölkerung und Steuerleistung der Stadt- und Landkreise.

Der Staatsrat der Wahlrechtgebung rächt sich jetzt an den Thätern selbst. Natürlich wollen die Industriellen kein vollstämmiges Wahlrecht, sondern nur ein so ausgeglichenes System, daß es auch den Industriellen zur politischen Mitwirkung verhilft. Deshalb legen sie, wie die Freisinnigen in Preußen, das Hauptgewicht auf eine „gerechte“ Einteilung der Wahlkreise.

Zu der Klause Vastrusch. Ueber jene ungeheuerliche Soldatenmishandlung in Gumbinnen, die die „Süddeutsche Volkszeitung“ zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht hat, weiß die „Königsberger Zeitung“ auf Grund von Informationen an zuständiger Stelle mitzutheilen, daß das Kriegsgericht der zweiten Division die Vorgänge mit denen der Tod des Vastrusch im Zusammenhang steht, eingehend untersucht hat, daß dieses Gericht in Gumbinnen getagt hat und daß die Beteiligten freigesprochen sind, weil sie sich in der Rotwehre befunden haben. Weitere Aufklärungen in dieser Sache dürften demnach kaum ausbleiben.

Professor und Oberst. Der Kistoder Professor Binder hatte sich vor der dortigen Strafkammer zu verantworten, weil er seine geistigen Waffen in Gestalt eines Revolvers gegen den Oberst v. Paczenst losgeschleudert hatte.

Das Duell verlief unblutig, besonders deshalb, weil ein Revolver unbrauchbar war; der Herr Professor meinte darum, es könne eigentlich nur von einem verführten Zweikampfe die Rede sein.

Der Angeklagte, der über die Ursachen des Ehrenhandels Auskunft gab, entwarf folgendes liebliche Sittenbild aus der höheren Gesellschaft. Der Professor erzählt:

Ich verlebte im Jahre 1900 sehr intensiv in der Familie des Obersten v. Paczenst. Später brach ich den Verkehr ab aus mancherlei Ursachen, über die ich aus Gründen der Delikatesse mich nicht äußern möchte. Von diesem Zeitpunkte an begann die Frau des Obersten gegen mich zu intrigieren. Nachdem ich sie nutzlos gewarnt, schrieb ich dem Obersten einen Brief, auf den er, wenn er ein Mann von Ehre gewesen wäre, nur mit einer Forderung hätte antworten können. Statt dessen suchte mich derselbe auf und bat mich unter Thränen, ich möchte doch wieder die alten Beziehungen zu seiner Familie aufnehmen, was ich jedoch nicht that. Ich habe mich dann später verheiratet. Am vorbereitete die Frau des Obersten das Gerücht, ich sei von ihrem Manne rausgeschmissen worden. Wenn aber einer von uns beiden rausgeschmissen wurde, so konnte das nur der Oberst gewesen sein. Ich schrieb der Frau des Obersten einen Brief, worin ich ihren Mann einen Feigling nannte. Auf seine Forderung hin wandte ich mich an das Ehrengericht der Offiziere, weil ich den Obersten nicht mehr für satisfaktionsfähig hielt. Von dem General v. Müff erhielt ich die Antwort, daß gegen v. Paczenst ehrengerichtlich vorgegangen werden würde, daß ich mir aber den Vorwurf der Feigheit zuziehen könnte, wenn ich seine Forderung nicht annehmen würde.

Der delikate Professor nahm vom Gericht 6 Monate Festungshaft in Empfang.

Ausland.

Englische Kolonialbestrebungen.

In London wurden heute die Beschlüsse, welche die kürzlich hier stattgehabte Konferenz von Mitgliedern der Reichsregierung und Ministern der Kolonien gefaßt hat, amtlich veröffentlicht. Die Resolution betreffend Bevorzugung im Handel zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches erklart es für wünschenswert, daß die Kolonien der britischen Einfuhr eine wesentliche Vorzugsbehandlung gewähren und fordert die Reichsregierung auf, den Kolonien Vorzugsbehandlung durch Verrechnung von den jetzigen oder künftigen Zöllen oder durch Herabsetzung derselben zuzugestehen. Die Parlamentarier der Kolonien haben es auf sich genommen, den Parlamenten der betreffenden Kolonien zu empfehlen, der britischen Einfuhr folgende Vorzugsrechte zu gewähren: Kanada soll die bestehende Bevorzugung um 33 1/2 Prozent erhöhen nebst einer weiteren Vorzugsbehandlung für ausgewählte Artikel durch Ermäßigung von Zöllen zu Gunsten Englands, durch Erhöhung von Zöllen auf fremde Einfuhr oder durch Einführung von Zöllen auf gewisse jetzt zollfreie ausländische Waren. Neuseeland soll eine allgemeine Vorzugsbehandlung um 10 Prozent zu Gunsten britischer Fabrikate oder eine gleichwertige Vergünstigung für ausgewählte Artikel, wie es für Kanada geplant ist, bewilligen. Die Kapkolonie und Natal sollen britischen Waren eine Vergünstigung von 25 Prozent durch Erhöhung der Zölle auf ausländische Waren zugestehen. Eine andre Resolution verlangt den Ausschluß der fremden Schifffahrt vom Verkehr zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches und vom Küstenverkehr, und zwar gegen die Länder, die in ähnlicher Weise die britische Schifffahrt ausschließen. Was Australien betrifft, ist Wesen und Umfang der Vorzugsbehandlung noch nicht festgestellt.

Die Konferenzbeschlüsse sind demnach recht dürftig ausgefallen: Kanada soll keine dem englischen Mutterland eingeräumten Vorzugszölle noch etwas erweitern, Neuseeland eine allgemeine Reduktion von 10 Proz. gewähren oder, ähnlich wie Kanada, auf einzelne ausgewählte Artikel 33 1/2 Prozent Ermäßigung eintreten lassen, während die Kapkolonie und Natal die englischen Waren um 25 Proz. günstiger stellen sollen, als nichtenglische Erzeugnisse. Dennoch erscheint trotz der geringfügigkeit dieser Zollkonventionen noch recht fraglich, ob die Parlamente der genannten Kolonien die vorläufigen Abmachungen ihrer Minister genehmigen werden. In Kanada sind die Sympathien für eine Art Zollunion mit England noch am größten, wie denn auch diese Kolonie mit der Gewährung von Vorzugszöllen an Großbritannien den Anfang gemacht hat, doch hat entschieden in letzter Zeit die kanadische Partei, die im wirtschaftlichen Anschluß an die Vereinigten Staaten das Heil für die Zukunft sieht, an Boden gewonnen. Und noch geringer sind die Aussichten für die Erlangung größerer Zollvergünstigungen auf Neuseeland und vor allem dem australischen Festlande, dessen Osten mit allen Mitteln dahin strebt, eine eigne, einheimische Industrie großzuziehen.

Schweiz.

Nationalrats-Stichwahlen. Zürich, 3. November. (Fig. Ver.) Die gestern in Basel, Burgdorf und Neuenburg stattgefundenen Stichwahlen, an denen socialdemokratische Kandidaten beteiligt waren, brachten uns nur in Basel einen Sieg, indem daselbst Genosse Dr. Brüllein, Advokat in Bern, der aber ein Basel' ist, gewählt wurde. Er erhielt von den 6 Gewählten mit 3759 fast die geringste Stimmenzahl, noch weniger erhielt der Freisinnige Dr. Joller mit 3463 Stimmen. Unser Genosse Arnold erhielt 2375 Stimmen, so daß auf Dr. Brüllein ca. 1400 bürgerliche Stimmen gefallen sind. Gewählt sind nunmehr in Basel 2 Konservativ, 3 Freisinnige und 1 Socialdemokrat. Die socialdemokratische Partei hat denn auch in der Wahlkreis des Genossen Wullschlegler verloren gegangenen Sitz wieder zurückeroberet und ist damit die Zahl der bisher gewählten socialdemokratischen Nationalräte auf 6 gestiegen. In Burgdorf erhielt unser Genosse Müller-Bern, der auf der socialdemokratisch-konservativen Kompromißliste stand, 4170 gegen 7015 Stimmen des siegreichen Gegenkandidaten. Zweifelloso hat ein Teil der Konservativen sich an das Kompromiß nicht gehalten und seine Stimme dem Freisinnigen gegeben. In Neuenburg unterlag unser Genosse Schweizer. Die weiteren Stichwahlen finden am nächsten Sonntag statt.

Frankreich.

Vom französischen Bergarbeiterstreik.

Die Unterhandlungen, welche zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Bergleute des Departements du Nord in Lille stattgefunden haben, endigten mit fast dem gleichen Resultat, wie die im Pas-de-Calais, über die wir gestern ausführlich berichtet haben.

Paris, 4. November. Gestern Abend fand eine Konferenz zwischen den Delegierten der Grubengesellschaften und der Bergarbeiter im Beisein der von der Regierung ernannten Schiedsrichter statt; es kam jedoch zu keinem Resultat.

Zusatzung der Kongregationen. Der Kabinettschef und der Justizminister werden demnächst vor dem Kammerausschuß, der sich mit der Frage der Kongregationen zu befassen hat, ihre Erklärungen abgeben.

England.

Eine Massenversammlung gegen die Schulbilf hat am letzten Sonnabend im Alexander-Palast im Norden Londons stattgefunden. Der Mesensaal, der 2000 Personen faßt, war überfüllt.

London, 4. November. Wie heute bekannt gegeben wurde, wird ein Nachtragsettlement für das am 31. März 1903 zu Ende gehende Rechnungsjahr in der Höhe von 8 Millionen Pfund Sterling eingebracht werden, das eine Bewilligung zur Unterstützung von Transvaal und der Orange-Kolonie darstellt.

Rußland.

Russische Briefschneiderei in Finnland. Vor einigen Wochen, als der finnländische Generalpostdirektor Lagerborg sich auf einer Reise im Ausland befand, machte der Generalgouverneur Bobriloff den Versuch, das Brieföffnungs-Prinzip am Centralpostamt in Helsinki einzuführen.

Asien.

Verletzung des Waffeneinfuhrverbots. Die Times meldet aus Peking: Trotz der Bedingungen des Friedensprotokolls, wonach die Einfuhr von Waffen nach China oder die Waffenfabrikation dort auf 2 Jahre verboten ist, sind fast alle chinesischen Arsenale in vollem Betriebe gewesen.

Afrika.

Eine neue englische Schifflappe im Somaliland? In Aden geht das Gerücht, daß Truppen des Mullah in der Nähe von Sokolle einen englischen Posten überrumpelt und zahlreiche Kamele erbeutet haben.

Aden, 3. November. Oberst Swaine ist zurückberufen worden, um vorläufig als Vertreter des Auswärtigen Amtes tätig zu sein.

Wie den Boeren geholfen wird. Eine Depesche von Harrismitth an den Morning Leader giebt detaillierte Aufklärung, in welcher Art die drei den Boeren bewilligten Millionen verteilt werden.

Die Vergleute in Südafrika. Kaum ist der Frieden in Südafrika wiederhergestellt, kaum hat die englische Regierung die politische Macht übernommen, da beginnt auch schon der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete.

Parteinachrichten.

Die erste Auflage des Münchener Parteiprogramms ist vollständig vergriffen, die zweite Auflage im Druck. Die Buchhandlung Vorwärts bittet diejenigen Partei-Orte, die bis jetzt noch keine Bestellung aufgegeben haben, dies umgehend zu thun.

Der Kongreß der tschechischen Socialdemokraten Oesterreichs, über den wir noch berichtet werden, beschloß, dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß einen Antrag zu unterbreiten, in welchem dem internationalen Proletariat das Verhalten in der Nationalitätenfrage, die bisher die Solidarität aller Proletarier am meisten schädigte, vorgezeichnet werde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einem handlichen polizeilichen Uebergriff berichtet unser Fortser Parteiblatt. Der in Seuffenberg wohnende Parteigenosse S., ein Cigarrenmacher, verteilte am Sonntag vor acht Tagen in dem Seuffenberg benachbarten Jütterdorf Flugblätter, wobei er auf alle gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften sorgfältig Rücksicht nahm.

S. wurde nach Seuffenberg zurücktransportiert, an seiner Wohnung vorbeigeführt und ins Polizeigefängnis gesperrt, wo er über Nacht festgehalten wurde.

Es handelt sich hier um nichts weiter als um eine Freiheitsberaubung unter Amtsmißbrauch. Uaße dortigen Genossen thäten gut, den Fall energisch zu verfolgen.

Polizeiliche Grobthaten. In Elberberg in Sachsen sollte vor einiger Zeit eine Versammlung stattfinden. Sie wurde dadurch vereitelt, daß der auswärtige wohnende Referent eine Postkarte erhielt des Inhalts, die Versammlung sei verboten.

Prozesse der „Gazeta Robotnicza“. Von der Strafkammer in Posen wurde der verantwortliche Redakteur der polnisch-socialistischen „Gazeta Robotnicza“ wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten in Posen zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Elektrizitätswerke. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht für 1901/02 ergibt sich nach Hinzurechnung des vorjährigen Gewinnvortrages ein Bruttogehalt von 8 393 926 M. gegen 6 850 440 M. im Geschäftsjahr 1900/1901.

In den Ausführungen des Berichts über die Zunahme der Elektrizitätsverzeugung heißt es: In der Zunahme des Verbrauches von 9 843 734 KW.-St. sind die Straßenbahnen, welche 41 232 233 (im Vorjahre 34 111 146) KW.-St. konsumierten, hauptsächlich beteiligt.

Arbeitsmangel bei der Schudert-Gesellschaft. Bei der Elektrizitäts-Lichtgesellschaft vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg ist in mehreren Betriebswerkstätten, in denen zusammen ein Drittel der gesamten Arbeiterkraft des Establishments beschäftigt wird, die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt worden.

Zur Lage der Eisenindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird der „Frank. Jtg.“ aus New York gemeldet, daß der Stahlpreis seinen Preis für Feinblech um 40 Cents pro Riste herabgesetzt hat.

Die Feinblech-Fabrikation gehört zu jenen Produktionszweigen, bei denen sich zuerst der Rückgang der Konjunktur bemerkbar macht; immerhin zeigt die obige Nachricht, daß sich in letzter Zeit die Konjunktur auf dem Blechmarkt noch erholt hat.

Coalpreis-Ermäßigungen. In der in Essen abgehaltenen Aufsichtsrats-Sitzung des westfälischen Coals-Syndikats wurde nach Mitteilung der „M. Westf. Jtg.“ mit überwiegender Majorität beschlossen, den bisherigen Preis für Hochofen-Coals von 15 M. bis 1. Juli 1903 beizubehalten.

Gewerkchaftliches.

Die organisierten Bergarbeiter der Provinz Brandenburg hatten ihre Vertreter zu einer Konferenz entsandt, die am Sonntag in Rottbus stattfand und von den Vertrauensleuten fast aller Bezirke besucht war.

haben auch bereits Entlassungen vorgenommen und Bezeichnenderweise sucht man dabei die organisierten Bergarbeiter los zu werden, ja selbst Leute, die nur einmal mit dem Vertrauensmann gesprochen haben, werden auf manchen Gruben gemahregelt.

Berlin und Umgegend.

Table with 6 columns: Ungelehrte Arbeiter, Gelehrte Arbeiter, Klempner, Tapezierer, Weißnäher, Andere. Rows show total numbers and numbers in work.

Die Maurer, welche bei den Kanalarbeiten beschäftigt sind, haben in einer Versammlung am Sonntag darüber beraten, welche Schritte sie thun sollen, um auch für sich den Stundenlohn von 65 Pf. zu erlangen.

Zu den Unregelmäßigkeiten in der Kasse des Centralvereins der Bildhauer, von denen wir gestern eine Mitteilung brachten, berichten bürgerliche Blätter, daß der Kassierer der genannten Organisation, Otto Meyer, seines Postens enthoben worden ist.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Dadurch, daß nun auch die Hausweber in die Lohnbewegung eingetreten sind, ist die Situation für die Fabrikanten wesentlich ungünstiger geworden. Die Hausweber, diese auf dem Ausarbeiter stehende Arbeiterklasse, wurden sonst von den Fabrikanten als Lohnbrüder benutzt und zwar mit Erfolg.

Eine Aufbesserung der Löhne ist somit dringend notwendig. Die Lage des Streiks ist im allgemeinen unverändert, die Streikenden halten fest zusammen und erwarten, gestützt auf die Solidarität der Arbeiterschaft, daß sie ihre Forderungen durchsetzen werden.

Die Einigung zwischen der Buchdrucker-Gewerkschaft und dem Buchdrucker-Verband ist nunmehr vollzogen. Die „Buchdrucker-Wacht“, das Organ der Gewerkschaft, hat ihr Erscheinen eingestellt.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes giebt jetzt für seine sämtlichen Mitglieder ein in Auflage von 47 000 Exemplaren erscheinendes polnischsprachliches Bergarbeiter-Organ „Gazeta Gornicza“ heraus.

Ausland.

Glasarbeiter. In Abilis (Spanien) haben die Glasbläser eine Lohnhöhung gefordert und ihre Kündigung eingereicht.

Die Glasarbeiter von Charleroi (Belgien) haben nach einem längeren Streik eine Lohnhöhung von 15 Proz. für die jungen Leute durchgesetzt.

Sociales.

Streikposten-Verbot.

Der Rat der Stadt R o s t o k in Mecklenburg hat am 31. Oktober eine Verordnung vom 5. August 1897 erneuert, die in ihrem sachlichen Teile lautet:

Ausständigen Gewerbetreibenden, gewerblichen Schiffen, Gesellen und Arbeitern ist es verboten, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahnen, Brücken und Anlegestellen der Schiffe als Streikposten sich aufzustellen, aufzuführen oder umherzugehen. Übertretungen werden auf Grund des § 306, 10 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Strafe kann durch polizeiliche Strafverfügung festgesetzt werden.

Diese Verordnung ist ebenso gesetzwidrig wie die berüchtigte Verordnung des süddeutschen Senats vom 24. April 1900, die im Reichstage behandelt, dort von den Vertretern der Regierung selber preisgegeben und dann auch vom Reichsgericht als ungültig bezeichnet wurde. Auch Kofod liegt, wenn auch in Mecklenburg, so doch immerhin im Deutschen Reich und es wird hoffentlich nicht erst erneuten Reichstagsverhandlung und der Provokation eines neuen Reichsgerichts-Urteils bedürfen, um die Rücknahme der Verordnung zu veranlassen.

Zu den Fabrik-Pensionsklassen, deren schädliche Wirkung für die Arbeiter wir erst kürzlich wieder nach einem Bericht aus Oberschlesien kennzeichnen konnten, schreibt Genosse Wurm im hamoverischen „Volkswillen“: „Der Reichstag wird wohl von unserer Seite veranlaßt werden, sich mit dieser Angelegenheit, die bei der Etatsberatung jedes Jahr schon erörtert wurde, in einer speziellen Verhandlung zu befassen.“

Erhebungen über den Geschäftsbetrieb der Gewerbevermieter und Stellenvermittler hat nach der „Süddeutschen Reichsforcespondenz“ die habsburger Regierung angeordnet. Sie sollen der Kenntnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und der Kontrolle dieser Geschäftsbetriebe dienen.

Die Stadtverordneten-Ergebnisse

Die heute, Mittwoch, den 5. November, im 4. und im 11. Bezirk der 3. Abteilung vollzogen werden, sind von größerer Bedeutung, als sonst wohl eine Erntewahl zu sein pflegt. Im 11. Bezirk kommt es darauf an, daß der Freisinn, der einen nochmaligen Angriff auf diesen bei den Wahlen von 1901 ihm durch die Socialdemokratie entzogenen Bezirk versucht, noch kräftiger als im vorigen Jahre und endgültig zurückgeschlagen wird. Im 4. Bezirk wird der Ausfall der Wahl zeigen, ob die Socialdemokratie auch hier, wo sie jetzt zum erstenmal einen ernsthaften Vorstoß unternimmt, festen Fuß zu fassen vermag. Die Bedeutung dieser beiden Wahlen ist auch unser freisinnigen Gegnern klar. Sie haben in beiden Bezirken die stärksten Anstrengungen gemacht und alle bürgerlichen Elemente zu gemeinsamem Kampfe gegen die Socialdemokratie zu sammeln gesucht. Eine „Kraftprobe“ wollen sie ablegen, die der Bevölkerung Berlins zeigen soll, daß die Socialdemokratie noch nicht überall Herrin der dritten Abteilung ist.

Dem Kandidaten der Socialdemokratie im vierten Bezirk, unfrem Genossen Dr. Leo Kronz ist es durch eine Erkrankung leider erschwert worden, sich mit ganzer Kraft an der Wahlaktion zu beteiligen. Erst am Dienstag, am letzten Abend vor der Wahl, hat er noch persönlich zu den Wählern sprechen können. Unser Gegner hoffte, daß die Behinderung des Genossen Kronz ihn zu stattem gekommen sein wird. Die socialdemokratische Wählerschaft des 4. Bezirks wird es als eine Ehrensache ansehen, in um so größerer Zahl und möglichst vollständig ihrer Wahlpflicht zu genügen. Der 11. Bezirk will sich in dem Genossen Emil Voigt einen Nachfolger für den bisherigen Vertreter, den verstorbenen Genossen Theodor Wegner, geben. Je stätlicher die Stimmenzahl ist, die die socialdemokratischen Wähler des 11. Bezirks auf Voigt vereinigen, desto mehr wird die heutige Wahl sich zu einer Ehrtung auch für unser Wegner gestalten. Der Ansturm der Freisinnigen sollte hier so nachdrücklich abgeschlagen werden, daß ihnen für alle Zeiten die Lust wiederzukommen vergeht.

Die Wahllokale sind:

für den 4. Bezirk, 1. Teil, umfassend die Stadtbezirke 31—34, 37, 39

Lützow-Ufer 15/16, bei Witwe A. Kranig;

für den 4. Bezirk, 2. Teil, umfassend die Stadtbezirke 35, 36, 38,

45—48 Genthinerstr. 4, Turnhalle der 107. Gemeindefchule;

für den 11. Bezirk, 1. Teil, umfassend die Stadtbezirke 80—82

Oranienstr. 36, bei Klein;

für den 11. Bezirk, 2. Teil, umfassend die Stadtbezirke 83—86

Kauningerstr. 63, Turnhalle der 42. Gemeindefchule.

Gewählt wird von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr, doch

empfehlen es sich, so zeitig wie möglich zur Wahl zu kommen.

Wahlberechtigt sind auch diejenigen Wähler, die seit dem 1. Juli

aus den oben angeführten Bezirken verzogen sind.

Wähler, thut eure Pflicht! Trete Mann für Mann an die Wahl-

urne und protestiert gegen das unwürdige Verhalten des Berliner

Freisinn, indem ihr den Kandidaten der Socialdemokratie eure

Stimme gebt!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Mitglieder der Freikommision werden ersucht, Freitag, abends 8 1/2 Uhr auf der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, anwesend zu sein.

Charlottenburg. Im Volkshaus, Rosinestr. 3, spricht heute abend 8 1/2 Uhr Frau Lily Braun über: „Die Frauen und die Politik.“ Zahlreicher Besuch dieser Volksversammlung wird erwartet.

Wilmerdorf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Schubert-Schöneberg hält einen Vortrag „Die Schule im Dienste der Freiheit.“ Zahlreicher Besuch ist geboten; Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Neu-Weisker. Die zu gestern angeordnete Generalversammlung des Wahlvereins findet bestimmt heute abend 8 1/2 Uhr im Prälaten, Lehderstraße 122, statt.

Kommunales.

Die Gasdeputation beriet u. a. am vergangenen Montag die vom Magistrat vorgeschlagene Veränderung der Bedingungen für die Gasentnahme aus den städtischen Gaswerken. Die Veränderung ist bedingt durch den jetzt maßgebenden Einheitspreis für gewerbliches und Leuchtgas. Die Vorlage bringt aber noch so im Vorbeigehen auch noch eine Spitze gegen die Arbeiterbewegung; sie rechnet zu den Ereignissen, welche die Stadt von ihrer Lieferungsverpflichtung gegen die Gasabnehmer ohne Entschädigung entbinden, nicht mehr wie früher nur Feuergefahr, Explosion, Naturereignisse, Krieg — also solche Ereignisse, die als eine höhere Macht (force majeure) zu betrachten sind, deren Verhinderung nicht ohne weiteres in der Macht der Stadtgemeinde liegt, sondern auch der Streit.

Genosse Wurm, der Mitglied der Gasdeputation ist, protestierte gegen diese Einschränkung; der Streit sei durchaus nicht als höhere Gewalt zu betrachten, seine Verhinderung sei bei gutem Gewissen der Gemeinde möglich und das Ausbrechen von Streiks nur ein Beweis dafür, daß die socialpolitische Umsicht der Verwaltung viel zu wünschen übrig lasse. Auch sei ja von der Stadtverordneten-Versammlung im Juni vorigen Jahres der Antrag der Berliner Wählervereine, die Streik-Klausel in die über städtische Dauten abzuschließenden Verträge aufzunehmen, abgelehnt worden. Dort, wo die Stadt Abnehmer sei, stehe sie auf dem richtigen Standpunkt, der Streit sei nicht

eine höhere Gewalt, die aller Kontrakte entbinde; wo sie aber hier wie bei den Gaswerken Lieferantin ist, wolle sie den Streit als berechtigten Anlaß zum Vertragsbruch gelten lassen. Sämtliche Mitglieder der Deputation stimmten gegen den Antrag Wurm, den Streit nicht als unabweidlichen Ausnahmezustand gelten zu lassen, indem herangezogen wurde, daß die Stadt sonst in große Gefahr gerate, da sie bei einer durch Streit erfolgten Nichtlieferung von Gas zu großen Zahlungen verpflichtet sei und dadurch in die Zwangslage läme, alle Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Da die Vorlage auch noch an das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung kommt, wird diese Angelegenheit dort noch weiter erörtert werden.

Bewilligt wurde das Gesuch der Graphitmaurer um Lohnerhöhung. Diese, die mit dem Abstoßen des in den Gasretorten bei der Destillation der Kohle sich bildenden Graphits beschäftigt werden, eine sehr belästigende, anstrengende und sehr sorgfältig auszuführende Arbeit, ersuchten, ihnen 2 Pfennig pro Stunde mehr Lohn als den übrigen bei den städtischen Gasanstalten beschäftigten Mauern zu gewähren, so daß sie 57 Pfennig pro Stunde erhalten würden. Da gegen diese Forderung seitens eines Deputations-Mitgliedes Bedenken erhoben wurden, weil die anderen Maurer dann ebenfalls eine Lohnhöhung beanspruchen könnten, entgegnete Wurm, daß die geforderte Lohnhöhung sich auf die mehr als die andere Maurerarbeit anstrengende Arbeitsweise stütze, so daß daraufhin die anderen Maurer keinen Rechtsanspruch auf höhere Löhne erheben könnten, wobei aber selbstverständlich nicht ihr Recht beschnitten werden solle, an und für sich höhere Löhne zu fordern, denn die Lohnhöhung sei eben eine Nachtrage und wenn die Arbeiter die Möglichkeit hätten, ihre Arbeitskraft teurer als bisher bisher zu verkaufen, so seien sie dazu natürlich berechtigt. Die Deputation beschloß, den Lohn der Graphitmaurer für jede Stunde, in der sie als solche thätig sind, um fünf Pfennige zu erhöhen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlagen betreffend: die Verbindung der beiden Schweinehallen des Viehmarktes, die Verlängerung der Halberverlauftstraße und die Herstellung von Ständen für die zur Wiederbelebung bestimmten Häuser dafelbst, — eine an die Herren Minister des Innern und für Landwirtschaft zu richtende Petition wegen der Fleischversorgung Berlins, — die Festlegung der Fluglinie für den zwischen der Straße 39, Abteilung XIV, und der Weichselgrenze gelegenen nördlichen Teile des Margrafendamms (Westseite), — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Aufhebung von Beamtengehältern, — die Beilegung der Amtsbezeichnung „Magistratsrat“ an die nach einjähriger Probezeit und sechsjähriger Dienstzeit als Magistratsassessor auf Lebenszeit angestellten Magistratsassessoren und der Amtsbezeichnung „Magistratsbaurat“ an die sechs Jahre als solche im städtischen Dienste stehenden Stadtbau-Inspektoren, — die Verneuerung der Mitglieder des Kuratoriums der städtischen Heimstätten für Geseude, — und die Bewährung von Ehrenpreisen an den Verein der Geseudefreunde in Berlin „Cypria“ und den Deutschen Tierärzverein. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats eingesetzten Ausschusses.

Kommunales Chinesentum. Der Titel „Magistratsrat“ und ein neuer Titel „Magistratsbaurat“ wird noch die Stadtverordneten-Versammlung beschließen. Wie schon früher mitgeteilt, hatte der Magistrat beschlossen, den bewährten älteren und lebenslänglich angestellten Magistratsassessoren den Titel „Magistratsrat“ beizulegen. Der Oberbürgermeister hatte jedoch diesen Beschluß auf Veranlassung eines Oberpräsidial-Erlasses vom 5. November 1901 beanstandet. Die vom Magistrat gegen den Oberbürgermeister beim Oberverwaltungsgericht erhobene Klage auf Befestigung dieser Verfügung wurde abgewiesen mit der Begründung, daß der Beschluß des Magistrats der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung bedürfe. Am nun weiter in dieser Angelegenheit vorgehen zu können, erucht der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung zu dem Beschluß, in Zukunft den älteren Assessoren die Amtsbezeichnung „Magistratsrat“ und den Bau-Inspektoren aus denselben Gründen die Amtsbezeichnung „Magistratsbaurat“ beizulegen. Maßgebend für den Magistrat war die Erwägung, daß den betreffenden Beamten die Titel „Assessor“ und „Inspektor“ bei Beginn ihrer Karriere zuzulernen, in späteren Jahren eine Amtsbezeichnung aber notwendig werde. In formeller Beziehung war der Magistrat mit der Mehrzahl der Kommentatoren der Städte-Ordnung der Meinung, daß in der Befugnis, die Beamten anzustellen, zugleich auch die Befugnis liege, ihnen eine ihre Stellung ausdrückende Bezeichnung beizulegen.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen bewilligte den Angestellten der Fluss-Badanstalten gestern eine Gehaltsaufbesserung. U. a. stellt sich das Gehalt der Kassierer fortan auf 110 bis 150 M., das der Kassiererinnen auf 100 bis 130 M., das der Kontrolleure auf 105 bis 135 M., das der Kontrolleurinnen auf 100 bis 115 M., das der Hilfsbademeister auf 100 bis 120 M., sowie das der Hilfsbademeisterinnen auf 90 bis 110 M. Den Wäscherinnen wurde ein Anfangsgehalt von 75 M. gewährt, das auf 105 M. steigen soll. Die höchste Gehaltsstufe wird allen Angestellten nach 15-jähriger Dienstzeit zugesichert. Ein Antrag des Stadtverordneten V o r g a n n, wonach in jeder Fluss-Badanstalt eine Hilfskraft angestellt werden soll, damit das Personal, welches jetzt von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr, ohne Unterbrechung Dienst thun muß, eine angemessene Mittagspause erhalte, fand mit Rücksicht auf die „schlechte Finanzlage“ keine Majorität. Die Kosten hätten 4000 M. betragen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung verbandte in ihrer fünfzigsten Sitzung am Montag allein gegen drei Stunden zu einer ausgedehnten Besprechung des bekannten Magistratsantrages, der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde den Platz Y des nördlichen Geländes und außerdem 40 Quadratrunder an der sogenannten Dorfschule zur Errichtung je einer Kirche gegen Austausch von Parzellendörfern im Zuge der Eisenbahnstraße zu überlassen. Die überaus wichtige Angelegenheit, bei welcher die Stadt noch 82000 M. dem Wagnen der Kirche opfern soll, hatte bereits einen Ausschuss beschäftigt, der mit 4 gegen 4 Stimmen die Ablehnung der Vorlage empfahl. In treffender Weise polemisierten unsere Genossen Käser und Hoffmann gegen jede Art der Abtreibung städtischer Grundstücke zu genanntem Zweck. Beschlossen wurde, die Angelegenheit an den Ausschuss zurück zu verweisen.

Eine weitere erregte Debatte entspann sich über den Magistratsantrag, vom Etatsjahr 1903 ab die Gemeinde-Einkommensteuer im Steuerjahre von 4 M. nicht mehr zu erheben. Stadtverordneten-Vorsitzer Müller hatte Bedenken, da bei dem Ausfall von etwa 40000 M. „kommunale Kulturforderungen“ leiden könnten. Gegen die Stimmen unserer Genossen und einiger Bürgerlicher wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen, zur genaueren Feststellung des entfallenden Ausfalles. — Der seiner Zeit durchgefallene Maßnahmungskandidat Polenz hat in einem Schreiben an den Magistrat mitgeteilt, daß er seine beim Bezirksausschuss anhängig gemachte Klage gegen den Stadtverordneten-Verschluß betreffend die Gültigkeitserklärung unfrem Genossen Obst, zurückgezogen hat. Jedenfalls das Beste, was er thun konnte.

Ober-Schöneberg. Schon seit mehreren Jahren war das Bestreben der hiesigen Gemeinde daraus gerichtet, geeignetes forstwirtschaftliches Terrain zu erwerben; dieses Verlangen ist aber vom Fiskus immer abgelehnt worden, trotzdem er mit dem Plane umging, einen großen Waldbestand zu parzellieren. Nunmehr ist es aber doch gelungen, mit der Regierung einen Vertrag abzuschließen. Danach wird der Gemeinde Ober-Schöneberg das gesamte Areal zwischen Kathenaustraße bis Berliner Gebiet einverleibt, in ungefähr Größe von 86 Hektar. Für die Gemeinde bedeutet das einen großen Fortschritt in ihrer Entwicklung. Bestehen ihr doch bisher geeignete Plätze für einen Friedhof, ein Krankenhaus ufm. Auch wird beabsichtigt in dem neu entstehenden Ortsteil ein eigenes Wasserwerk zu errichten. Selbstverständlich dürfen in dem Behannungsplane die Plätze für zwei Kirchen, evangelische und katholische, nicht fehlen. Durch die Eingemeindung werden auch zwei für die Gemeinde dreimünde

Fragen erledigt werden. Festens der Bau einer massiven Fahrbrücke im Zuge der Holzstraße nach dem Bahnhof Nieder-Schöneberg, und zweitens die Anlegung des Friedhofes. Bisher war die Gemeinde in dieser Beziehung abhängig von der Kirchengemeinde Köpenick, welche in dem Rufe steht, ungewöhnlich hohe Begräbnisgebühren einzuziehen.

Aus der Frauenbewegung.

Berein der Wäsche- und Kravattenbranche. Sonntag, den 9. November abends 8 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a, eine Versammlung der Wäsche- und Kravattenherstellerinnen, Stempelerinnen, Einseimerinnen, Kleberinnen, Zuschneiderinnen u. Plätterinnen, Wäscherinnen, Stärkerinnen u. s. w. statt. Genosse Waldeck Manasse spricht über: „Unre Feinde“. Nach dem Vortrage gemütliches Zusammensein mit Tanz.

Die Sektionsleitungen
J. A.: Frau Minna Rosenhengel, Varnimstr. 9.
Arbeiterinnen und Arbeiter. Heute abend öffentlicher Vortrag des Genossen Arthur Stadthagen in den Kramhallen. Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Die Vertrauensperson.

Versammlungen.

Mit den heute stattfindenden Stadtverordneten-Erntewahlen beschäftigt sich gestern abend noch zwei für die zur Wahl stehenden Bezirke einberufenen Kommunalwähler-Versammlungen.

Im vierten Bezirk war es unfrem Genossen Dr. Leo Kronz zum erstenmal möglich, sich den Wählern als Kandidat vorzustellen, da er bisher durch ein hartnäckiges Galoschden hieran verhindert worden war. In einer kurzen Ansprache wies er auf die Bauernfängerrei hin, die von liberaler Seite mit dem zu Gunsten ihres Kandidaten Koslowitz verbreiteten Flugblatt getrieben wird. Was die Liberalen dort versprechen, haben die Socialdemokraten nur vertreten zu müssen, während jene ihre Versprechungen schon gleich nach der Wahl wieder vergessen. Dr. Kronz versprach, falls er gewählt werden sollte, den socialdemokratischen Grundfragen entsprechend im roten Hause zu wirken.

Sodann stellte Stadtv. V o r g a n n in einem längeren Vortrage die Thätigkeit der socialdemokratischen und liberalen Stadtverordneten gegenüber, indem er die Pädagoglosigkeit und Arbeiterfeindschaft der letzteren gebührend kennzeichnete. Redner schloß seine Ausführungen mit einem wichtigen Appell an die Anwesenden, mit voller Energie für die Wahl des Genossen Kronz einzutreten, damit die Zahl der socialdemokratischen Stadtverordneten wieder um einen vermehrt würde. Gerade der vierte Wahlbezirk könne als Nachfolger des berühmten Professors Virchow keinen würdigeren Vertreter erhalten als den von der Regierung gemäßigteren Genossen Dr. Leo Kronz. Der Vorsitzende, Genosse Schulz, gab alsdann bekannt, daß die Verkündigung des Wahlergebnisses heute abend 9 Uhr im Lokal von Büchle, Dennewitzstr. 18, stattfindet.

Die Versammlung für den ersten Kommunal-Wahlbezirk, in der Reichstags-Abgeordneter W. Pfannkuch über die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Arbeiterklasse referierte, tagte bei Gramann, Ranninstr. 4. Der Vortrag, in dem Pfannkuch die wesentlichsten Forderungen und die bisherige Thätigkeit der Socialdemokratie auf kommunalem Gebiete eingehend besprach, sowie das reaktionäre Gebahren des bürgerlichen Liberalismus gebührend kennzeichnete, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der hierauf folgenden Diskussion an der sich Gegner trotz Aufforderung nicht beteiligten, wurde auch die ungeschöne Kampfesweise der Freisinnigen kritisiert und so wie vom Referenten, für eine roge Teilnahme an der Wahl plädiert, um dadurch einen plägenden Sieg des socialdemokratischen Kandidaten E. Vogt zu sichern. Mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Buchhändler-Verband. Nach dem in der Generalversammlung der Buchhändler-Verband am 29. Oktober gegebenen Bericht hatte die Zahl der Mitglieder im 3. Quartal 1904 männliche 1465 weibliche, zusammen 3429 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 136. Die Einnahme der Centralkasse betrug 13 523,21 M., die Ausgabe 5325,30 M. In die Centralkasse gingen ein 4961,78 M., ausgegeben wurden 1932,23 M., der Ueberfluß betrug 3009,55 M. Vom Arbeitsnachweis wurden weibliche Hilfskräfte mehr verlangt als vorhanden waren, männliche Arbeitslose waren 540 eingeschrieben, von denen etwas über ein Drittel eingestellt wurden. Die Beschäftigung eines zu Weibachten in Charlottenburg stattfindenden Bauaus wurde beschlossen und als Vertreter wurden gewählt Bräuner, Thielmann, Frau Schemin und Scherwat.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 31. Oktober seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Roth erstattete den Geschäftsbericht vom dritten Quartal. Es wurden vermittelt für jezt 68, zur Ausbille 3295 Stellen. Nach den niedrigsten ortsüblichen Vermittlungsgebühren sind den privaten Stellenvermittlern 273,25 M. entzogen worden. Zeisse gab den Kassensbericht. Einnahmen wurden im dritten Quartal 3810,95 M., ausgegeben 3161,05 M., so daß ein Kassensbestand von 649,90 M. verbleibt. Ein Antrag Zeisse, die Mitglieder der Geschäfts-Kommission um vier zu erhöhen, wurde angenommen und Thomas, Fischer, Albrecht und Bernacki in dieselbe gewählt.

Centralverband der Konditorgehilfen und verwandter Berufe. Mittwoch, den 5. November, abends 9 Uhr bei Steich (Pamburger Haus), Lindenstr. 69, Mitglieder-Versammlung. Gäste willkommen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 5. d. M., abends 10 Uhr, im Restaurant Bauer, Rosenhallerstr. 57: Versammlung.

Central-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Berlin). Mittwoch, den 5. November, abends 9 Uhr, in den Kramhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag „Aus der deutschen Literatur.“ Referent: Redakteur D. Ströbel. Gäste sind willkommen.

Ueber die Socialgesetzgebung und die Arbeitslosen-Versicherung spricht Reichstags-Abgeordneter Wollenbutz am Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr, in einer im Oberverwaltungsgebäude stattfindenden Versammlung des Arbeitervereins, zu der die Schiedsgerichts-Gehilfen sowie die Gewerkschafts- und Krankenassen-Vorstände besonders eingeladen sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oldenburger Landtag.

Oldenburg, 4. November. (W. T. N.) Der Landtag ist heute abend durch den Minister Billig mit einer Thronrede eröffnet worden. Dieselbe kündigt u. a. eine Vorlage an betreffend den weiteren Ausbau des oldenburgischen Eisenbahnsystems und bezeichnet die gesamte Lage der oldenburgischen Finanzen als verhältnismäßig günstig, wenn sich der Vorschlag, zu dessen Ausdehnung die Betriebsüberschüsse der Eisenbahnen herangezogen werden, mit einem Einkommensteuerausgleich von 33 1/2 Proz. verwirklichen läßt.

Verstaatlichung der pfälzischen Eisenbahnen.

München, 4. November. (W. T. N.) Die „Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die vom Staatsministerium eingesetzte Kommission zum Studium der Verhältnisse der pfälzischen Eisenbahnen hat gestern nach vierzehntägigen Aufhalt in der Pfalz ihre Thätigkeit beendet. Ueber das Ergebnis wird mit größter Beschleunigung ein Bericht ausgearbeitet und dem Staatsministerium in Vorlage gebracht werden, auf Grund dessen die Frage der Verstaatlichung erwogen und Verhandlungen zwischen dem Ministerium und der Verwaltung der pfälzischen Bahnen geführt werden können. Die Kommission hat sich über alle Verhältnisse unterrichtet können. Abgesehen von einzelnen Berechnungen, welche die Leistungsfähigkeit der Pensionskasse und einige andre Personalverhältnisse betreffen, ist das gesammelte Material vollumfänglich und das Ergebnis der Thätigkeit der Kommission durchaus geeignet, um eine zuverlässige Grundlage für die weitere Behandlung der Verstaatlichungsfrage zu bilden.

Reichstag.

208. Sitzung, Dienstag, den 4. November 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Pofadowsky, v. Thielen.

Präsident Graf Ballesfrem:

Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. Unser Kollege Ridert, Mitglied des Reichstags, ist gestern hier verstorben. In unerschütterlicher Treue hat er sich noch bis zuletzt am 14. Oktober an den Arbeiten des Reichstags beteiligt. Nach wenigen Tagen wurde er aufs Krankenlager geworfen, von welchem er nach Gottes Rathschluss nicht mehr aufstehen sollte. Er ruhe in Frieden!

Die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt bei der Diskussion über den von den Abgg. Albrecht (Soc.) und Genossen beantragten § 1b, wonach der Bundesrat verpflichtet ist, solche Waren zollfrei einzulassen, die von deutschen Krusis, Syndikaten, Kartellen, Ringen oder dergleichen nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiet. Ein dazu vorliegender Antrag Barth will für den Fall der Ablehnung dieses Antrages Albrecht dem Bundesrat die obige Befugnis erteilen.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Die Darlegungen des Herrn Abg. Bernstein über die Wirkungen der Kartelle auf die Krisen waren ja überaus interessant, aber ich muß doch der Versuchung widerstehen, auf sie näher einzugehen. Graf Ranig hatte recht, die Tribüne des Reichstages darf nicht zum Unversitätskatheder werden. Bernstein gab ja selbst zu, daß die Kartelle im Prinzip einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten, aber ihre Freistreibereien erforderten scharfe Gegenmaßnahmen und eine staatliche Kontrolle. Die sich auch die Liberalen durch Herrn Gothein für eine solche staatliche Oberaufsicht erklären konnten, ist mir nicht recht verständlich. Die Kartelle sind eine auf der Bahn der notwendigen Entwicklung liegende neue Einrichtung, die natürlich ihre Kinderkrankheiten durchzumachen hat.

Die meisten Kartelle sind geschlossen in der Zeit der bittersten Notlage der betreffenden Industrie, als die Preise die Produktionskosten kaum mehr decken. Von einer Freistreiberei kann daher in den meisten Fällen nicht die Rede sein. Daß einzelne Syndikate ihre Macht mißbrauchen, wird kein Verständiger leugnen; trotzdem aber gehört doch diesen Organisationen die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung. In Amerika haben die kolossalen Krusis vielfach keine Verteuerung, sondern eine Verbilligung der Waren und keine Herabsetzung, sondern eine Erhöhung der Löhne zur Folge gehabt. Wir begrüßen die Enquete der Regierung über die Wirkungen der Kartelle mit großer Freude, in der Arbeit des Zolltarifs wollen wir uns aber durch diese Enquete nicht stören lassen. Die Verbindung der Kartellfrage mit der Zolltariffrage, wie sie der Antrag Albrecht will, halten wir nicht für berechtigt. Schutzölle lassen sich nicht ohne weitere Schädigung des Wirtschaftslebens von heute auf morgen beseitigen und wieder einführen. Die notwendige Konsequenz des sozialdemokratischen Kartellantrages wäre eine internationale Regelung der Ausfuhrverhältnisse, damit im Falle der Aufhebung der Schutzölle das Inland nicht plötzlich mit den Produkten der ausländischen Industrie überschwemmt werde. Wie wir eine Zuderkonvention haben, müßten wir dann auch eine internationale Konvention haben. Diese Konsequenz hat schon Abg. Gothein richtig gezogen. Ich bitte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen. (Waboo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Paasche (fr. Vg.):

Ich halte den Zusammenhang zwischen dem Zolltarif und dem Kartellwesen für so evident, daß wir die Augen nicht verschließen dürfen vor den Verhältnissen, zu denen die Kartelle auf zollpolitischem Gebiet Anlaß geben können. Abgeordneter Dr. Paasche hat zum großen Teil gegen seine eigene Faktion polemisiert: ich erinnere an den Antrag Hehl von Herrn Bernstein, der unterschrieben ist von einer großen Anzahl nationalliberaler Herren, allerdings nicht von den Abgeordneten Dr. Paasche und Dr. Wenner. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn dieser Zolltarif Gesetz werden sollte, das Kartellwesen dadurch in Anspruch und Mißbrauch sehr wesentlich gefördert werden würde. Ein hervorragender amerikanischer Sachkenner des Krusiswesens gab offen zu: „Die Mutter aller Krusis ist die Zolltarif-Gesetzgebung!“ (Hört! hört! links.) Es wird ja auch gar nicht bestritten, daß manche Kartelle nach dem Auslande billiger liefern als innerhalb Deutschlands. Dadurch veranlaßt sich der Zoll in eine indirekte Ausfuhrprämie, und der Schutz der nationalen Arbeit wird zur Begünstigung ausländischer Konkurrenten. So hat das Syndikat der Drahtstrickfabriken nach seinem eignen Geschäftsbericht in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 nach dem Inlande für 28,8 Millionen zu 25 Mark, nach dem Auslande für 19,5 Millionen zu 14 Mark verkauft. (Hört! hört! links.) Ähnliches gilt von den Baumwollspinnern und dem Kohlen- und Coals-Syndikat. Das letztere lieferte nach dem Inlande für 17,5 Mark, nach dem Auslande für 12,5 Mark. An die österreichischen Eisenwerke wurde Hochofen-Coals verkauft für 8,10 Mark, während das Inland den doppelten Preis, 16—17 Mark, bezahlen mußte. (Hört! hört!) Diese Ziffern sind aus Prozessen entnommen. Nach Holland ausgeführte Kohlen würden, in Holland von deutschen Fabriken angekauft, inklusive Zoll und Fracht sich eventuell für Deutschland billiger stellen, als wenn sie direkt im Inlande gekauft würden.

Ein Mißstand des Kartellwesens liegt auch in dem unerschönten Zerknirschung, mit dem widerstrebende Fabriken zum Eintritt gezwungen oder für ihren Nichtertritt bestraft werden. Dazu kommt ein sozialpolitischer Mißstand. Schon sind öffentliche Anregungen von Kartellvertretern erfolgt, wonach für alle Werke ein Normallohn, der natürlich unter dem jetzigen Niveau steht, festgesetzt werden soll. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Enquete kommt zu spät. Wir brauchen erst das Ergebnis dieser Enquete, ehe wir über den Zolltarif weiter beraten können. Vielleicht kommt es trotz aller Verständigungsversuche der Mehrheit doch noch dahin, daß wir erst das Resultat der Enquete bekommen, ehe wir in die Neuordnung unrer handelspolitischen Beziehungen eintreten.

Gewiß bedeuten die vorliegenden Anträge keine ideale Lösung, aber sie paden das Problem an der richtigen Stelle an. Sind die Herzen mit dem Prinzip der Anträge einverstanden, so können wir über die Form sicher bis zur dritten Lesung, falls es überhaupt je zu einer solchen kommt, eine Verhandlung finden. Wir arbeiten ja mit Bewußtsein darauf hin, daß dieser Zolltarif nicht zu Stande kommt, sondern halten im Interesse der Industrie und auch der Landwirtschaft eine Verlängerung der bestehenden Tarife für den besten Ausweg. Wenn die Regierung mit diesem Ausweg rechnen muß, so war es um so unverständlicher, wie gerade Graf Pofadowsky es für angebracht halten konnte, diese Methode zu diskreditieren und einer Eventualität, auf die der Herr Reichskanzler selbst hingewiesen hatte, gewissermaßen Schwierigkeiten zu bereiten. Die technische Unbrauchbarkeit des bestehenden Tarifs ist zwar häufig behauptet, aber noch nie bewiesen worden. (Sehr richtig! links.) Best steht aber, daß gerade unter den bestehenden Verträgen ein großer wirtschaftlicher Aufschwung möglich gewesen ist. (Waboo! links.)

Abg. Gamp (Sp.):

Ich halte die Kartelle in gewissen Sinne für eine absolute Notwendigkeit, um die Verteidigung der Produzenten gegen die Händler mit Erfolg führen zu können. Die meisten Kartelle sind Kinder der Not. Herr Bernstein sprach von dem Prinzip der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit. Gewiß ein ganz idealer und berechtigter Standpunkt, den die Herren der Linken aber nicht immer praktisch vertreten haben. Vom Standpunkt der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit hätten Sie (nach links) dafür eintreten müssen, daß die billigeren

oberschleifischen Kohlen möglich billige Transportgelegenheiten nach dem Westen zu erhalten, der Mittelland-Kanal aber will gerade der teuren westfälischen Kohle gesteigerten Absatz nach dem Osten verschaffen. Im Interesse der Arbeiter liegt das Verlangen der Sozialdemokraten, die Lieferungen nach dem Ausland zu verbieten, sicher am wenigsten. Die große schon bestehende Arbeitslosigkeit würde uns riesenhafte vermehrt werden, wenn eine Regierung so thöricht wäre, diesem Verlangen nachzukommen. Keine Industrie der Welt ist so stark belastet wie gerade die Deutsche. Ich erinnere an die allgemeine Wehr- und Schulspflicht, nicht zuletzt auch die ausgedehnte Arbeiterfürsorge. Und da verlangen Sie, Deutschland solle zu denselben Preisen exportieren, wie die Konkurrenz des Auslandes! Gerade in dem Ausgleich dieser humanitären Lasten liegt die ethische Berechtigung der Schutzollpolitik. (Lachen links, sehr gut! rechts.) Der preussische Handelsminister Möller ist ein sehr großer Mann. (Große Heiterkeit links.) — Ich meine natürlich nicht die körperliche Größe — aber er wäre vermög seines Einflusses leicht in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen, die Ausschreitungen entgegenwirken. Abg. Bernstein sagte, er sei an sich nicht gegen das Kartellwesen, aber er verlange zunächst einen höheren Arbeiterschutz. Da hätten doch Ihre (zu den Sozialdemokraten) Gesinnungsgenossen zunächst einmal in Amerika auf einen solchen erhöhten Arbeiterschutz hinzuwirken sollen! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen sind die Sozialdemokraten durch Befämpfung der Accordarbeit bemüht, die Arbeitsleistung herabzudrücken. Die Laurahütte hat in diesem Jahre 2 800 000 M. für die Arbeiter aufgewendet, während die Aktionäre nur 2 700 000 M. erhalten haben. Auf den Kopf der Arbeiter, einschließlich der Frauen und Kinder, deren Arbeitsleistung doch verhältnismäßig gering ist, entfielen 125/2 M. jährlich. Abg. Bernstein sollte sich also doch etwas besser über die sozialen Wohlfahrtsbestrebungen unrer Industrie informieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wie? Die Rechnung wollen Sie haben? Abg. Gamp weist auf ein vor ihm liegendes Blatt.)

Präsident Graf Ballesfrem (unterbrechend):

Wenn Sie Privatgespräche über diesen gewiß sehr interessanten Gegenstand führen wollen, so rufen Sie doch eine Verammlung in einem Privatlokal ein. (Große Heiterkeit.) Hier geht es nicht!

Abg. Gamp (fortfahrend):

Der sozialdemokratische Antrag bedeutet eine große wirtschaftliche Thorheit. Wenn z. B. die pommerischen Meiereien, um den englischen Markt zu kultivieren, nach England die Butter um 1 Mark billiger verkaufen als im Inlande, so soll gleich der Futterzoll aufgehoben werden! (Sie zu den Sozialdemokraten) müßten doch einsehen, daß das Unsinn ist! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bernstein verlangt höhere Löhne und niedrigere Preise. Wenn Sie, Herr Bernstein, dies Problem lösen, verdienen Sie einen Lorbeerkranz! (Heiterkeit.) Sie haben selbst gesagt: es klingt paradox. Sie wollten wohl sagen: es klingt wie Unsinn. Es klingt aber nicht nur so, sondern das ist es auch. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Haupttätigkeit des von Herrn Bernstein angeführten Dr. Schulz scheint nicht auf landwirtschaftlichem, sondern auf literarischem Gebiete zu liegen. Es giebt keinen Unsinn, für den man nicht eine wissenschaftliche Autorität anführen könnte. (Heiterkeit links.)

Abg. Bebel (Soc.):

Es war interessant, den gegensätzlichen Standpunkt der Herren Gamp und Graf Ranig, die in Agrarfragen stets an einem Strange ziehen, bei dieser Gelegenheit zu beobachten. Herr Gamp ist ja mit seinem Freunde v. Kardorff immer dafür eingetreten, daß Landwirtschaft und Industrie zusammengehen müssen, durch sein heutiges Eintreten für die Kartelle hat er aber bewiesen, daß seine Interessen weit mehr auf industriellem Gebiete liegen. Daß wir keine prinzipiellen Gegner der Kartelle sind, darüber haben ja die Ausführungen Bernsteins keinen Zweifel gelassen. Die Kartelle bedeuten zweifellos einen Fortschritt in der Entwicklung, die, je rascher sie sich vollzieht, um so mehr den Moment beschleunigt, wo wir aus den Kartellen zu Krusis, von diesen zur Vergesellschaftung der gesamten Industrie und damit zum Sozialismus kommen. Daß aber Auswüchse der Kartelle vorhanden sind, mußte selbst Herr Gamp zugeben. Es bedeutete doch in der That bereits einen schweren Schaden für die Allgemeinheit, wenn z. B. durch die Freistreibereien des Zuckerkartells der Konsum so zurückging, daß die Staatskasse in einem halben Jahre um 18 Millionen Steuereinnahmen geschädigt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gamp meinte, wir dürften uns gegen eine Fusion der Kartelle nicht aussprechen. Das haben wir auch nicht gethan. Die Zentralisation der kapitalistischen Unternehmungen wird von uns stets als ein Fortschritt angesehen, dadurch unterscheiden wir uns gerade von den sogenannten Mittelstandspolitikern, zu denen doch sonst auch Herr Gamp zu gehören behauptet. Durch seine lebhafteste Verteidigung des Kartellwesens hat er sich als der größte Feind der Mittelstandspolitiker erwiesen, das hier einmal klar festzustellen ist notwendig. Wir können uns jener gegen eine Fusionierung der Kartelle sein, als diese thätiglich die höhere Kulturstufe darstellt. Schreitet diese Fusion immer weiter fort, so entsteht eines Tages die Frage was nun? und dann bleibt nichts übrig als die Verstaatlichung, die Expropriation der Expropriation. Diese Expropriation würde dann zwar einer kleinen Minderheit zum Schaden, der Allgemeinheit aber zum Nutzen gereichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Insbesondere glaubt Herr Gamp uns eine Vorlesung halten zu sollen darüber, wie falsch unsere Politik in Bezug auf die Kohlenkonsumtion sei. Die heutige Art der Syndizierung und der Verteilung des Kohlenmarktes erfolgt aber bei einem ungeheuren Preisauflschlag zum Schaden der Konsumenten. Wir erstreben deshalb schon heute die Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues. Dadurch wird es möglich sein, die Kohlen möglichst billig an die Gesamtbevölkerung und die Unternehmerschaft abzugeben, ohne daß der Staat dabei zu kurz kommt. Mein Parteigenosse Bernstein und die anderen Redner, die sich für unsern Antrag ausgesprochen haben, haben insbesondere nachgewiesen, wie durch die Kartellpolitik der letzten Jahre die Kohlen- und Halbmaterialien in solchem Maße verteuert worden sind, daß ganze Industriezweige Deutschlands dadurch gegenüber den Auslande konkurrenzunfähig geworden sind. Weiter kam Herr Gamp auf die großen Lasten zu sprechen, die das deutsche Unternehmertum zu tragen hätte. Dabei war mir neu, daß jetzt auch auf jener Seite die allgemeine Wehrpflicht als eine besonders ungünstig wirkende Last der deutschen Industrie gegenüber dem Ausland empfunden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben diesen Gedanken schon vor vielen Jahren ausgesprochen und von diesem Standpunkt aus das Mißsystem empfohlen, dabei aber stets auf Ihrer Seite heftigsten Widerspruch gefunden. Wenn Sie jetzt die Lasten der allgemeinen Wehrpflicht erleichtern wollen, werden wir hier sehr gern mit Ihnen zusammenarbeiten. Sie haben früher stets die eminent moralischen und physischen Vorteile des allgemeinen Wehrpflicht betont, jetzt empfinden Sie sie als eine schwere Schädigung der Industrien. (Abg. Gamp ruft: Habe ich gar nicht gesagt.) Dann haben Sie etwas anderes gesagt, als Sie wollten. Die allgemeine Schutzpflicht, die Herr Gamp weiter erwähnte, hat in eminenten Maße zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unrer Arbeiterschaft beigetragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was die Armenpflege anlangt, so hat doch der Staat dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Arme entstehen. Dieser Zolltarif muß im Gegenteil die Massenverarmung fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unfall-, Kranken- und Invaliditäts-Versicherung sind zwar Vorteile im Prinzip, in Wirklichkeit ist aber an diesen Gesetzen sehr viel auszuweichen. Andererseits haben andre Länder und besonders die hier in Betracht kommenden Konkurrenzländer ein solches Maß von Konsumvereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, kurz von Verewigungs-

freiheit des Arbeiters, wie man es in Deutschland nicht entfernt kennt. Wir wollen ein großes Stück Ihrer sogenannten Arbeiter-schutz-Gesetzgebung preisgeben, wenn sie dafür den deutschen Arbeitern dasselbe Maß von Unabhängigkeit und Freiheit gewähren wie dem englischen und amerikanischen Arbeiter. In Amerika sind auch die Löhne höher bei einer kürzeren Arbeitszeit. Ein Landarbeiter bekommt dort 2 bis 2 1/2 Dollar, dabei arbeitet er unter keinen Umständen länger als 10 Stunden. Die Industrie-Arbeiter arbeiten im allgemeinen nicht länger als 9 Stunden. In großen amerikanischen Industriezweigen haben die Arbeiter bereits den Achtstundentag errungen. Die amerikanischen Südstaaten, in denen nach den Ausführungen des Abg. Gamp mehr als 20 000 Kinder bis 12 Stunden täglich arbeiten, sind die ökonomisch rückständigsten Gegenden der Vereinigten Staaten. Die Arbeit wird dort zum größten Teil von Schwarzen geleistet, die man auf der niedrigsten Kulturstufe zu erhalten sucht. Ich verweise den Abg. Gamp aber auch auf die erbärmliche Lage der Arbeiter in Russland, das annähernd so hohe Schutzölle hat wie Amerika. Andererseits sind die Löhne in dem freihändlerischen England durchschnittlich höher als bei uns. Hohe Löhne stehen immer in direktem Verhältnis zur Arbeitsleistung. Die Landwirtschaft muß, um existenzfähig zu bleiben, unter Benutzung der modernen technischen Erzeugnisse zur Großproduktion übergehen. In Amerika sind auch die Lebensmittelpreise im Durchschnitt niedriger als bei uns. Deshalb wandern auch viele Hunderttausende Deutscher nach Amerika aus, nicht umgekehrt. Der Zolltarif wird diese Erscheinung noch verstärken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Ranig will das Ergebnis der Enquete abwarten. Warum sollen wir nicht unsern Antrag annehmen und gleichzeitig die Enquete vornehmen? Beides geht Hand in Hand. Unser Antrag will zunächst die Wirkung der Kartellpolitik im Ausland treffen. In der speziellen Kartellgesetzgebung müssen dann ihre Wirkungen im Inlande geregelt werden. Graf Ranig hat auch übersehen, daß in Konsequenz der Annahme unrer Antrags von Rechtswegen ein Kartellamt für alle diese Verhältnisse errichtet werden müßte.

Die Kartellfrage wird bei den nächsten Vertragsverhandlungen zweifellos im Vordergrund stehen. Das beweist die Note der russischen Regierung vom 30. Juni d. J. an die Teilnehmer an der Brüsseler Zuderkonvention. Unter diesen Umständen hat der Reichstag die dringende Pflicht, zu dieser Materie Stellung zu nehmen. Herr Witte weist in seiner Note darauf hin, daß das Kartellwesen auf Kosten der inneren Konsumenten den Außenhandel betreibe. Die Manipulationen beim Export seien gegenwärtig sehr verbreitet, so verlasse das deutsche Schienenmaterial in Deutschland die Tonne für 115 M., im Auslande für 85 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Widerständigkeit der Lage sei im vorigen Jahr bei dem Kohlenmangel zu Tage getreten. Während deutsche Kohlen nach Oestreich zu 8,50 per Tonne exportiert wurden, kostete die Tonne im Lande selbst 18,50 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Witte betont, der einzige Schutz gegen eine derartige Kartellpolitik liege in der Erhöhung der Schutzölle. Das ist doch das Nadelöhr. Wie wollen Sie angesichts dieser Thatfache behaupten, unser Antrag habe mit dem Zolltarif nichts zu thun. Herr Witte sagt selbst, man müsse der Frage um so mehr näher treten, als der Ablauf der Handelsverträge bevorstehe. Er sagt, wird es klug sein, auf lange Zeit hinaus die Zollölle festzulegen und dadurch das einzig wirksame Verteidigungsmittel gegen den gewissenlosen Konkurrenzkauf der Syndikate aus der Hand zu geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Tätigkeit der Kartelle widerspreche dem Prinzip der Handelsverträge, die auf der Solidarität der Nationen begründet seien. — Dazu kommt, daß die Syndikate eine ganz gewaltige Macht im Staate selbst bedeuten. Das Organ des Zentralverbandes der Industriellen, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, schrieb anfänglich jener Note des russischen Finanzministers: Internationale Politik und Syndikate sind jedes eine Sache für sich, die Syndikate müßten gefördert werden mit oder ohne Mitwirkung des Staates. Also die Herren sind bereit, im äußersten Fall selbst gegen den Staat vorzugehen. Es hieß dort: Die Handelspolitik ist nicht mehr allein ausschlaggebend, neben ihr ist die Politik der Kartelle entstanden, welche die Aufmerksamkeit der Beteiligten im vollsten Maße in Anspruch nimmt.

Weiter muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß der preussische Staat dem Kartellwesen durch seine Eisenbahnpolitik in die Hände arbeitet. Die riesige Ausfuhr von Coals und Kohlen in das Ausland, das sie zu niedrigeren Preisen bezieht als das deutsche Publikum und die deutschen Unternehmer, ist nur möglich durch die billigen Ausfuhrtarife. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ende August d. J. lief durch die Zeitungen die Notiz, daß Minister Rudde der Industrie sein Entgegenkommen bezeugen habe und daß der von der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller längst verlangte billigere Tarif auch für Kohleisen am 1. September d. J. in Kraft treten werde. (Hört! hört! links.) Die Kartelle setzen, von den Schutzölle gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt, ihre Rohmaterialien, ihre Halb- und Ganzfabrikate im Inlande ab und liefern dafür billig ins Ausland. In den letzten Jahren sind die Produktionsstätten weit über das normale Maß hinaus vergrößert, ist die Produktionsfähigkeit aufs höchste gesteigert worden; der Bedarf aber ist seit 1900 befähigt zurückgegangen. Für die Großindustrie entstand die Frage, wo sie ihre Produkte lassen sollte: sie warf sie zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt, unterstützt von der Eisenbahntarif-Politik Preussens und Deutschlands. Besonders charakteristisch ist das Verhalten des Kalisyndikats, an dessen Spitze der preussische Staat steht. Kali ist ein absolut notwendiges Produkt für die Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft ist insofern von der Natur in dieser Hinsicht begünstigt, als Deutschland die größte Kaliproduktion hat. In andren Ländern, deren Landwirtschaft Kali braucht, fehlt sie ganz. Nun ist Nordamerika gezeugen, mehr und mehr von der ersten zur intensiven Landwirtschaft überzugehen. Bei der ungeheuren Bodenschätze, die in Frage kommt, ist der Bedarf an künstlichen Düngemitteln, wie Kali, sehr hoch, das Amerika von Deutschland beziehen muß. Es ist doch ein starkes Stück, daß das Kalisyndikat trotz des Befehrs der deutschen Landwirtschaft über die Konkurrenz Amerikas dieser Konkurrenz dadurch geradezu Verschub leistet, daß es das Kali der amerikanischen Landwirtschaft billiger liefert, als der deutschen. (Hört! hört! links.) Dazu aber schweigen Sie (nach rechts!) während Sie hier doch wirklich Grund zu klagen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mein Parteigenosse Bernstein hat völlig recht und weder Graf Ranig noch Herr Gamp haben seine Behauptung widerlegt, daß die Kartelle die inländische Industrie bedeutend schädigen, die Krisis verschärfen und den deutschen Arbeiter aufs schärfste treffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Dinge sind so weit gediehen, daß mit Hilfe der Schleuderpreise, zu denen die deutschen Kartelle ihre Kohlen- und Halbmaterialien im Ausland abgeben, ausländische Fabrikanten trotz der Schutzölle den deutschen Verarbeitungs-Industrien auf dem Inlandsmarkt Konkurrenz bereiten können. Ein klassisches Beispiel gab vor einiger Zeit die „Hamburger Börsenhalle“. Sie teilte mit, daß holländische Werften mit Hilfe des billigen aus Deutschland kommenden Kohlen- und Halbmaterials die deutschen Werften bei der Lieferung von Schuten aus dem Felde schlagen. Es vergehe keine Woche, in der nicht mehrere Schuten, die in Holland gebaut sind, in Hamburg zur Ablieferung gelangten und zwar zu einem billigeren Preise, als sie die deutschen Werften liefern könnten, obwohl auf jeder in Holland gebaute Schute mindestens 500 Mark an Schleppekosten und Asselurprämien ruhen. (Hört! hört! links.) Angesichts solcher vernichtender Thatfachen für das Kartellwesen ist die Gleichgültigkeit der Majorität in dieser Frage ganz unbegreiflich. Sollen wir denn dieser Entwicklung mit gebundenen Händen hilflos gegenübersehen? In der Broschüre „Deutschland am Scheidewege“ wird berechnet, daß das Ausland für unser Kohleisen 15 M. für die Tonne zu

Bezahlen hat, während es in Deutschland 60 M. kostet; für Schmiedeeiserne Träger sind die entsprechenden Zahlen 68 M. und 97 1/2 M., für Stäbe 100 und 125 M., für Stahl in Blöcken 85 und 92 M., für Schienen 115 und 160 M., resp. 85 und 115 M., für Drahtstifte 140—150 M. und 250 M. Bei solchen Preisdifferenzen zu Ungunsten des Inlandes besteht in der That die Möglichkeit für ausländische Fabrikanten nach Deutschland zu exportieren.

Eine außerordentliche Rolle spielt die **Ausfuhr des Roheisens aus Deutschland**. Das Roheisen stand in den letzten Jahren so hoch im Preis, daß viele deutsche Roheisen verarbeitende Fabriken auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig waren. Hätten sie nicht infolge der Prosperität auf dem Eisenmarkt fortgesetzt volle Arbeit gehabt, so wäre schon längst eine Katastrophe eingetreten. Ungeheure Roheisen-Vorräte wurden aus Deutschland auf den amerikanischen Markt geworfen. Die starke Abnahmefähigkeit Amerikas trotz der steigenden eigenen Produktion ist auch auf die großen Streiks der letzten Monate und Wochen zurückzuführen. So können sehr oft Arbeitsstellen der Industrie eines andern Landes großen Vorteil bringen. Unsere rheinisch-westfälische Kohlenindustrie kann nur wünschen, daß der Generalstreik der französischen Kohlenarbeiter möglichst lange dauere, um die Ueberschüsse ihrer Produktion nach Frankreich werfen zu können. In den ersten neun Monaten des Jahres 1900 wurde aus Deutschland an Roheisen eingeführt 1124 000 Tonnen, im entsprechenden Zeitraum 1901 1 529 000, 1902 2 872 000 Tonnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So ist in zwei Jahren die deutsche Roheisen-Ausfuhr um 111 Proz. gewachsen. Die Einfuhr nach Deutschland betrug in demselben Zeitraum 1900 700 000 Tonnen, 1901 830 000, 1902 208 000. Das ist eine Abnahme um 273 Proz. Trotzdem sind die Preise des Roheisens in Deutschland außerordentlich hoch! Sogar Industrien, die hierbei direkt in Frage kommen, zahlen, um die Einfuhr künstlich zu erhöhen, Ausfuhrprämien. So zahlt das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat an die Roheisen-Industriellen Ausfuhrprämien, damit das Kohlenyndikat die Konkurrenz für Deutschland nicht herabzusetzen braucht. Das ist doch der denkbar größte wirtschaftliche Widerspruch. Wenn die deutschen Arbeiter etwa mit Hilfe einer großartigen Organisation Hunderttausende nach dem Auslande schaffen wollten, um dort zu billigen Preisen gegen die deutsche Industrie zu konkurrieren, so würde der deutsche Reichstag alsbald ein Ausnahmegesetz gegen die Auswanderung deutscher Arbeiter beschließen. Diefelben Leute aber, die in dieser Weise die deutsche Industrie und die deutschen Arbeiter schädigen, sind die großen Patrioten, die Stützen des Staates und der öffentlichen Ordnung! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Kann es eine größere Heuchelei geben? Mein Parteigenosse Bernstein hatte völlig recht, wenn er ein derartiges Verfahren als ein direkt vaterlandsverräterisches gebrauchte hat. Das ist in der That Vaterlandsverrat! Sie werfen uns immer unsern internationalen Sinn vor. Aber wir haben niemals auch nur um Haaredbreite die inländischen, vaterländischen Interessen zu Gunsten des Auslandes preisgegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier aber sehen wir die Stützen von Staat und Gesellschaft die schamloseste Vaterschändung treiben, um das Inland zu schädigen und das Ausland emporzuhelfen. Die notwendigen Folgen dieser Politik müssen Mangel an Absatz im Inlande, Verteuerung der Lebensmittel, der Heizung usw., Lohnherabsetzungen, kurz: eine Schädigung der weitesten Volkskreise. In einem mit von einem Industrie-Arbeiter zugegangenen Briefe wird mitgeteilt, daß seit 1900 bis jetzt dreimal Lohnreduktionen stattgefunden haben. Nach den genauen Zahlen sind die Löhne seit 1900 um 40 bis 65 Proz. gesunken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt steht abermals eine Lohnreduktion bevor! — In welchem Maße große Mengen vom deutschem Roheisen zu sehr reduzierten Preisen nach Nordamerika gegangen sind, geht schon aus den Maßnahmen der amerikanischen Zollbehörden hervor. Die Zollbehörde in Philadelphia erließ eine Verfügung, wonach das deutsche Roheisen künftig nicht mehr nach der Exportpreisen, sondern nach den Kartellpreisen in Deutschland selbst verzollt werden sollte. Die Zollbehörde sagte sich: Die Preise, mit denen man uns hier kommt, sind Schwindelpreise, die wirklichen Preise sind die, welche in Deutschland gezahlt werden. Auf eine Beschwerde der Importeure ist durch eine andre Autorisierung die Zollherabsetzung vorläufig nicht in Kraft getreten. Die Angelegenheit beschäftigt aber noch eine weitere Instanz. In letzter Zeit hat sich nun endlich der Halbzeugverband

bereit erklärt, eine Herabsetzung der Preise für das Inland um fünf Mark pro Tonne vorzunehmen. Das ist aber eine so minimale Herabsetzung, daß sie gar nicht ins Gewicht fällt.

Nun sagt man, die Kartelle seien ein Vorteil für die Arbeiter, noch Herr Baasche führte aus, sie verbilligen die Preise und erhöhen die Löhne. Daß die Trübs eine bedeutende Verbilligung der Produktionsmittel für die betreffende Industrie bedeuten, ist selbstverständlich, da sie eine bedeutende Ersparnis an Verwaltungslosten, Kellamkosten, Vermittelungskosten aller Art mit sich bringen. Sie schaffen aber auch einen Ueberschuß von Beamten und Arbeitern und bilden damit gerade die Möglichkeit, die Löhne und Gehälter herabzusetzen. Das schließt nicht aus, daß bei der Vervollkommnung der Technik schließlich für leistungsfähige Arbeiter auch höhere Löhne gezahlt werden müssen. Der Staat selbst aber ist eine so mächtige kapitalistische Organisation, daß dagegen die Arbeiterorganisationen so gut wie gar nichts ausrichten können. Das giebt sogar das Ehepaar Wey zu. Man duldet auch in den Trübs die Arbeiterorganisationen nicht und verbietet und unterdrückt sie auf alle mögliche Weise. Mit einer derartigen Politik geht selbstverständlich ein Niederkommen der Löhne Hand in Hand, wenn auch in den Zeiten der Prosperität die Löhne steigen, denn auch die Kartelle müssen schließlich der Marktlage Rechnung tragen. Herr Gamp glaubte einen besonderen Trumpf damit auszuspielen zu können, daß er zahlenmäßig ausföhrte, daß die Löhne der Arbeiter der Königs- und Laurahütte höher gewesen seien, als der Gewinn der Aktionäre. Ist denn das überhaupt ein Vergleich. Die Laurahütte beschäftigt sicher mehrere Tausend Arbeiter und es fragt sich zunächst: Was verdient der einzelne Arbeiter? Dazu kommt, daß der Arbeiter für schwere Arbeit einen kümmerlichen Lohn erhält, während die Dividende unter die nichtstehenden Aktionäre verteilt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter diesen Umständen müssen wir verlangen, daß die Kartelle unter strenge staatliche Kontrolle gestellt werden und daß ihr gesamtes Geschäftsbetrieb durch eine Kommission überwacht wird, nicht durch einen Beamten, der läßt sich zu leicht beeinflussen. Auf der andern Seite müssen die Arbeiter gegen die Uebermacht der Unternehmerorganisationen dadurch geschützt werden, daß von Staats wegen eine gewerkschaftliche Zwangsorganisation der Arbeiter, die in Kartellbetrieben beschäftigt sind, vorgelesen wird. Nebenbei müssen ihnen natürlich die volle Koalitionsfreiheit und Vereinsfreiheit gewährt werden. Also wir verlangen nichts weiter als eine Vereinfachung der krafttesten Mißbräuche der Kartelle. Wenn es aufrichtig damit zu thun ist, muß unsern Antrag zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Handelsminister Müller:

Angeichts der bevorstehenden Enquete will ich auf die Sache selbst nicht eingehen, sondern nur einige Unrichtigkeiten des Vortrags berichtigen. Herr Bebel behauptete, daß das Kartell Syndikat Kalkül nach dem Auslande billiger verkauft hätte als an die heimische Landwirtschaft. Das ist nach meiner Kenntnis niemals der Fall gewesen. (Hört! hört! rechts.) Dann hat sich Herr Bebel darüber entrüstet, daß Schuten, die in Holland gebaut sind, zu erheblich billigeren Preisen von dort nach Hamburg gekommen sind, als die inländischen. Ich gebe ihm vollständig recht, daß der jetzige Zustand nicht haltbar ist. Wenn er aber das Kartellgesetz durchgelesen hätte, so hätte er gefunden, daß in demselben auf diesen Punkt Rücksicht genommen worden ist, indem auch in Zukunft für Kalkül dieselbe Zollfreiheit gesichert werden soll, die jetzt für Seeschiffe besteht. Dann hat Herr Bebel von dem Verste eines Arbeiters gesprochen, der von Lohnreduktionen von 40 bis 50 Proz. berichtet. Daraus könnte man schließen, daß solche Lohnreduktionen in weitem Umfange vorgekommen seien. Es kann sich aber nur um einen besonderen Ausnahmefall handeln. Nach allen Statistiken, die über Löhne vorhanden sind, sind die tatsächlich eingetretenen Lohnreduktionen erheblich niedriger. Bei den Bergleuten, über die amtliche Berichte vorliegen, gehen sie in keinem Fall über 16 Prozent hinaus. Die Kartelle haben nicht verschärfend, sondern mildernd auf die Krisis gewirkt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Herr Singer ruft seinen Nachbarn zu: Jetzt kommt der Hauptmann der Kartelle! Demgegenüber betone ich, daß ich weder jemals Leiter eines Kartells noch an der Leitung eines Kartells

beteiligt gewesen bin. Es werden besonders die billigeren Auslandsverkäufe getadelt. Wer auf dem Weltlande konkurrenz will, muß auch zu Weltlandspreisen anbieten. Durch die großen Auslandsverkäufe an Roheisen sind in der Zeit der Krisis Hunderttausende von Arbeitern vor der Arbeitslosigkeit bewahrt worden. Für den vorliegenden Antrag Albrecht werden die Arbeiter keinen Sinn haben. Es giebt in Deutschland vier Roheisen-Industrie: das rheinisch-westfälische, das luxemburgisch-lothringische, das rheinisch-westfälische und das oberlotheringische. Wenn eines dieser Syndikate zu billigeren Preisen im Auslande als im Inland verkauft, sollen auch die übrigen darunter leiden durch völlige Aufhebung der Zölle! Vor dem Erlaß des russischen Finanzministers Bitte sollten wir uns doch nicht so leichtlich fürchten. Wir haben bei den ganzen Zolltarif-Verhandlungen schon viel zu viel durch vor dem Auslande gekämpft. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Das Wesentliche einer Kartellgesetzgebung liegt in der Staatsaufsicht durch Einsetzung von Kommissaren oder Kommissionen. Diesen Inspektoren müßte doch auch ein Vetorecht eingeräumt werden. Auf jede Bestellung aus dem Auslande müßte sich die betreffende Grube sofort telegraphisch an die Kommission wenden mit der Anfrage, wie es mit diesem Auslandsverkauf gehalten werden soll. Wer aber in Deutschland weiß so genau im wirtschaftlichen Leben, daß er jeden Augenblick aufs genaueste orientiert ist über die Verkaufs- und Preisverhältnisse sämtlicher 400 deutscher Syndikate, über die Weltmarktpreise usw.? Ich weiß nur einen in Deutschland, der alles das genau weiß: das ist der Abg. Gortzein. (Heiterkeit.) Der weiß ja auf wirtschaftlichem Gebiete alles, wird also ein passender Staatskommissar für die Kartelle sein. (Erneute Heiterkeit.) Wie weit ist es denn noch bis zu Staatskommissaren für große kaufmännische Geschäfte, für Schiffahrtsgesellschaften usw.? Ich bitte Sie im Namen meiner politischen Freunde, den Antrag Albrecht abzulehnen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Herr Müller hätte lieber das wenige, was er gesagt hat, auch nicht sagen sollen. Er hat klipp und klar nachgewiesen, daß der von uns gerügte Mißbrauch der billigeren Auslandsverkäufe und der dadurch entstehenden Schädigung der deutschen Industrie durch Zollfreiheit abgeholfen werden könnte. Wenn Herr Müller konsequent wäre, müßte er danach für unseren Antrag eintreten. (Sehr gut! links.) Herr Weimer berief sich wieder auf die Hunderttausende von Arbeitern in der kartellierten Groß-Eisenindustrie. Er vergißt vollständig die viel zahlreicheren Arbeiter der Klein-Eisenindustrie, die durch die Preisprellerei der Kartelle direkt geschädigt werden. (Sehr richtig! links.) Herr Weimer hat darzulegen versucht, daß eine Wertaufschätzung der 400 Kartelle praktisch nicht durchführbar sei. Ein solcher Aufwand ist aber nicht verständlich vom Standpunkt des Schatzkassiers oder vom Standpunkt des bösen Willens aus, der überhaupt keine Reformen will. (Sehr richtig! links.) Der Centralverband der Industriellen, dem Herr Weimer so nahe steht, ist jetzt schon dabei, die Organisation der Enquete der Regierung in für ihn erwünschte Bahnen zu lenken. Es wiederholt sich der Vorgang von 1879, wo bei Gelegenheit der Eisenauweitung die Sachverständigen genau instruiert wurden, wie sie zu antworten hätten. Der Antrag Albrecht ist uns zu mechanisch, wir wollen dem Bundesrat die Entscheidung überlassen, ob wirklich ein handgreiflicher Mißstand vorliegt. — Ich bedauere, daß eine so große Partei wie das Centrum sich dieser wichtigen Frage gegenüber durchaus gleichgültig verhält. (Sehr richtig! links.)

Am 5/11 Uhr wird jetzt vom Abg. Dr. Barth ein Vertagungsantrag eingebracht, der auch von den Nationalliberalen unterstützt wird. Die Abstimmung über den Antrag bleibt bei der schwachen Befürwortung der Rechten und des Centrums zweifelhaft, so daß Vizepräsident Böhm unter großer Heiterkeit des Hauses die Auszählung (durch den sogenannten Hammersprung) anordnet.

Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 135 Mitgliedern. Davon stimmen mit ja 49 mit nein 85. Präsident Graf v. Helldrem enthält sich der Stimme. Das Haus ist somit beschlußfähig, die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5/11 Uhr.

Central-Verband der Maurer.

(Zweigverein Berlin.)

Mittwoch, den 5. November, abends 1/9 Uhr:

4 gr. Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Für Schöneberg im Klubhause, Hauptstraße 5/6.
- Für Wedding im Lokal Basewalkerstraße 3.
- Für Süd-Ost im Lokal Raumynstraße 6.
- Für Moabit bei Peters, Alt-Moabit 80/81.

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsleitung. 2. Verschiedenes.
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
143/15 Die Verbandsleitung.
NB. Die für Schöneberg zum Mittwochabend im Lokal Kyffhäuserstr. 11 geplante Sitzung fällt aus.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

General-Versammlung für das III. Quartal 1902.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung insl. Kasfenbericht. — Bericht der Revisoren. 2. Die Lohnbewegung der Arbeiter und Helfer. 3. Neuwahlen; Regelung des Rechtsschutzes, eventuell Wahl einer Kommission. 4. Verschiedenes.
Kollegen, da in dieser Generalversammlung die Neuwahl des I. Bevollmächtigten, sowie der Kassierer und Revisoren stattfindet, außerdem auch wichtige Beschlüsse zu fassen sind, so muss jedes Mitglied rechtzeitig erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
260/12 Die Ortsverwaltung.

Schöneberg.

Donnerstag, den 6. November 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung in Obst's Restaurant, Meiningerstr. 8.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Dr. Christeller über: „Wie verschafft sich der Arbeiter resp. die Arbeiterin die Kenntnis, um bei Unglücksfällen und pöblichen Entehrungen die erste Hilfe leisten zu können.“ — Nach dem Vortrage freie Diskussion.
Der Einberufer.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Bezirk Osten.

Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Imbs Ostbahnhof, Rüdersdorferstr. 70/71.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsleitung.
Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
143/16 Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Achtung! Schlosser!

Donnerstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung der Schlosser.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Cohen über das Unterstützungswesen.
2. Aufstellung der Delegierten zur Orts-Krankenkasse der Schlosser.
Diskussion. 166/1
Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Donnerstag, d. 6. Nov., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Steinseker Berlins und Umgegend!

Am Donnerstag, den 6. November cr., abends 7 Uhr, bei Nümann, Brunnenstraße 188

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Streikfonds. 2. Bericht des Gesellenauschusses über die Stellung der Junge zur Lohnfrage. 3. Gewerkschaftliches.
Steinseker! Da die Junge diesmal dem Gesellenauschuss gänzlich unbeachtet lassen zu wollen scheint, so ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.
174/4 Der Gesellenauschuss.

Achtung! Rohrer. Achtung!

Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr bei Patt, Dragonerstraße 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Wie stellen wir uns zum Streik der Steinhauer Rohrer?
3. Verschiedenes.
246/5 H. A. G. Fuhrmann.

Der Sozialist von Nazareth.

Eine Lebensgeschichte Jesu nach der neuesten Forschung, verbunden mit einer Kritik der diesbezüglichen sozialistischen Parallelen.
Von Oskar Zimmer.
Zu beziehen von O. Zimmer, Berlin, Ruppelplatz 21. Preis 50 Pf., Porto 5 Pf.

Textilarbeiter-Verband Deutschlands.

Berlin III (Dekateure).

Mittwoch, den 5. Nov., abends 8 Uhr, bei Jannasch, Inselstr. 10:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassierer und der Revisoren.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
197/10 Der Vorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Nach § 40 Absatz 3 des Kasfenstatuts sind den Delegierten zur Generalversammlung, wenn mehr als ein Drittel der Delegierten während der Wahlperiode (1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1902) ausgeschieden ist.

Von den Delegierten der Kasfenmitglieder, deren Zahl sich auf 192 stellt, sind insgesamt 72 ausgeschieden, so daß in der Erigwahl 72 Delegierte der Kasfenmitglieder zu wählen sind.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Personen, welche die Kasfenmitgliedschaft besitzen, großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl ist geheim und wird durch Stimmzettel in einem Wahlzuge in der Weise vorgenommen, daß jeder Wähler 72 Namen auf einen Stimmzettel schreibt.

Eine Diskussion über die Aufstellung der Kandidaten findet im Wahllokal nicht statt. Das Wahllokal der neugewählten Delegierten läuft bis zum 31. Dezember 1902.

Wir besuchen hiermit die wohlberechtigten Kasfenmitglieder auf Sonntag, den 16. November dieses Jahres, vormittags 10 Uhr, nach dem Saale des Volkshauses in Charlottenburg, Kolonnenstraße 3, zu einer Wahlversammlung ein mit dem Bemerkung, daß der Wahllokal um 11 Uhr vormittags geschlossen wird.

Zur Teilnahme an der Wahl sind diejenigen Kasfenmitglieder berechtigt, welche sich durch eine Wahlkarte legitimieren können. Die Wahlkarten werden den Kasfenmitgliedern auf Antrag von heute ab bis zum Schluß der Bureaustunden am 19. November cr. vom Kasfenbureau unentgeltlich ausgehändigt.

Charlottenburg, den 5. Nov. 1902.
Der Kasfenvorstand,
Wilhelm Sabor.

Generalversammlung der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker

findet statt

Donnerstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr,

im grossen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die ärztliche Behandlung der Kasfenmitglieder für das Jahr 1903.
2. Bericht über den bisherigen Verlauf des Kampfes mit den Apothekern.
3. Änderung des § 55 des Kasfenstatuts. 243/5
4. Wahl von
a) 2 Vorstandsmitgliedern seitens der Arbeitgeber auf 3 Jahre.
b) 4 Vorstandsmitgliedern seitens der Arbeitnehmer auf 3 Jahre.
5. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1902.
Der Vorstand,
G. Kuebel, G. Philippson,
Vorstand. Schriftführer.

Herrn-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: Sogenannte unheilbare Männerleiden
Mittwoch, den 5. November, abends 1/9 Uhr. 248/5
im Weddingpark, Wäckerstr. 178.
Nur für Herren! Eintritt frei!

Teilzahlung

monatlich 10 M., liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß. Bar Kasse allbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat, fertige Anzüge, Paletot nach Maß von 20 Mark an. 491/92
Temporowski, Schneidmeister, Prinzenstr. 55, Ecke Dresdenerstraße.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipziger Str.

Belle Alliance-Strasse 1-2
Am Blücherplatz

Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Andreas-Strasse

Glas

Wasserbecher gepresst . . . Stück	6 Pf.
Compotteller gepresst . . . Stück	5 Pf.
Zuckerschalen gepresst, . . . Stück	23 Pf.
Citronenpressen m. Ausguss St.	10 Pf.
Fruchtschalen gezackt . . . Stück	16 Pf.
Butterdosen mit Teller . . . Stück	22 Pf.
Compotschalen 3 Grössen Satz	35 Pf.
Sturzflaschen farbig . . . Stück	18 Pf.
Wassergläser mit Schliff . . . Stück	22 Pf.
Gambrinustulpen . . . Stück	30 Pf.

Steingut

Deckelnäpfe gerippt . . . Stück	25 Pf.
Teller flach oder tief Stück	4 Pf.
Kaffeetassen bunt Stück	9 Pf.
Theetassen gemustert Stück	30 Pf.
Salatschüsseln weiss Satz 6 St	85 Pf., blau 1,55 M.

Porzellan, weiss.

Kaffeetassen mit Unterlasse	Stück 9 Pf.
Obertassen geschweift	Stück 6 Pf.
Dessertteller gerippt	Stück 13 Pf.
Speiseteller gerippt	Stück 20 Pf.

Porzellan, bunt

Butterdosen m. Streublumen od. Schrift Stck.	25, 38 Pf.
Zuckerdosen Apfel- oder Melonenform	Stück 28 Pf.
Kaffeetassen blau Zwiebelmuster St.	30 Pf.
Vorratsstonnen Streublumen Stck.	30 Pf.
Handleuchter	Stück 15 Pf.
Tassen mit Goldrand	Stück 20 Pf.
Salatschalen	Stück 38 Pf.
Dessertteller	Stück 20 Pf.
Satztöpfe Satz 6 Stück	1,35 M.
Kaffeeservice 9 Teile, für 6 Personen	Stück 2,25 M.

Wirtschafts-Artikel

Brottdosen Stück	125 M., 150 M.
Sand, Seife, Soda Garnitur	42 Pf.
Petroleumkannen St.	38, 42 Pf.
Wärmflaschen Stück	145 M.
Wirtschaftswagen St.	175 M., 250 M.
Plätteisen Stück	145 M., 160 M.
2 Gasplättchen mit Erhitzer complet	625 M.
Universalplättchen Stück	245 M.
Plättbretter bezogen Stück	225 M.
Fussbänke Stück	42 Pf.
Wäschetrockner Stück	125 M.

Theegläser mit Untersatz . . . Stück	42 Pf.
Ofenschirme Stück	295 M., 425 M.
Ascheimer Stück	38, 80 Pf.
Kohlenkasten Stück	75, 95, 125 M.
Kohlenschuppen St.	10, 18, 25 Pf.
Schirmständer Stück	195 M., 225 M.
Putz- u. Wickskasten St.	42 Pf.

Kohlen-Anzünder 2 Pack 9 Pf.
Verdichtungs-Stränge
Pack 42 Pf., beklebt Pack 85 Pf.

Theelöffel Stück	5 Pf.
Esslöffel Stück	10 Pf.
Bestecke Paar	25, 40 Pf.
Theesiebe Stück	5, 10 Pf.
Büchsenöffner Stück	9 Pf.
Leuchter mit Feuerzeug	Stück 9 Pf.
Brotkörbe Stück	42 Pf.
Geléedosen Stück	38 Pf.
Butterdosen Stück	42, 85 Pf.
Saftkannen Stück	85 Pf.
Holz-Tablet mit Einlage	Stück 75, 95 Pf.
Gewürzschränke	Stück 38, 45 Pf.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 10 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Baustellen, Vorort, guter Boden, unweit Bahnh., 6-8 Mark die Bute. Bankstr. 3, Zeyherstr. 27945*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, hertecce. 737*

Garderobehaus August Köhler, Große Frankfurterstr. 16. 13734*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufhängen von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanndhaus Germania, Unter den Linden 21. 13078*

Gochborne Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Stoffen herrlich, 18-33 Mark. Besteller 7-10 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Verlanndhaus, Nagerstr. 63, 1 Treppe.

Winterpaletots, Anzüge, Reimonturieren spottbillig Verlanndhaus Nagerstr. 63. 45/9*

Neue spottbillig, Tuchlager Hofstr. 2, Koch u. Zeeland. 17755*

(29). - Gardinenhaus Bernhard Schwarz - Nur Wallstr. 1.

Knabenanzüge, Mädchenkleider verkauft billigst D. Hoffmann, Veteranenstr. 14. 13008*

Kanarienvogel verkauft Straß, Holzmarktstr. 61. 27126

Kanarienvogel in allen Größen, Lager verkauft Krebs, Grotz-Platz, Köpferstr. 154, 4 Treppen. 7113

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Landbergerstr. 82. 702*

Teppiche (schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Dadescher Markt 4, Bahnhof Börse. 11975*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Verlanndhaus Nagerstr. 63. 45/9*

Pianino (sogar verkauft), Ritterstr. 120, I. 45/8*

Wenzelbauer-Häher, neu, 5,00. Kottbuscherstr. 27, Straß. 2356*

Teppiche mit farbigen Bildern, billigste Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Ringschiffnähmaschine spottbillig Alexanderstr. 45, Schlaue.

1000 neue Nähmaschinen gebe an! Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Ausstattungen, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Wellmann, Gollnowstr. 25, nahe der Landbergerstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 13592*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billig. Zummstr. 39. 2. Geschäft Bernauerstr. 47 B. 13308*

Winnenarbeiterinnen empfehle! Paraffin 5 Pfund 2 Mark. Kocaguarie, Paul Lemde, Rixdori, Kaiser Friedrichstr. 242, beim Hermannplatz. 26926

Baschari Cigaretten, Feinere, 15.

Steppdecken billigst Habilt Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Kleine Buchbinder-Beckhoff, drei Maschinen, sofort, billigen Preis, 500 Mark, verkauft. Offerten Annoncen-Kassette Andreasstr. 78 a. 2535

Grünfram, Wehl, Borkhof, Holz, Kohlengeschäft, mit Holle, sofort billig zu verkaufen Rixdorf, Reuterstr. 56.

Geliebtenstänke: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Koffer, Spermolaser, Teppiche, Kessel, Resolber, Lehnstühle, Kunstwerke spottbillig. Rude, Oranienstr. 131.

Goldfäden, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Rehrzeuge, Harmonika, Gelgen, Jüthenwerke spottbillig. Rude, Oranienstr. 131.

Gänse umsonst! sind nicht zu haben! zum Preis von 2,00 Mark an, frisch geschlachtet, sind zu verkaufen, Central-Schlachthof, Eldenerstr. 4, Haltehalle Strassenbahn, vis-a-vis Restaurant Gubel. Betriebsden von 60 Pf. bis 2,50 Mark. Hoyt. 46/9*

Achtung!! Keller Möbelverkauf! Gebrauchtes Sofa, wie neu, 20,00, neue Kleiderhänge, wickbar und mahagouti, 24,00, Sofa 12,00, Spiegel 12,00, Beistelle 8,50, Stühle 3,00, nur Mantelstr. 77 im Keller. 2535

Handwerkzeuge zu verkaufen Zeyherstr. 49. 766*

Ringschiffen, alte, kauft Reanderstr. 7, Kompta. 46/12

Wärmflasche, neu, 75,00, Ringschiffen 20,00. Alexanderstr. 7. 46/12

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleuchtung, Paullstr. 7, Lagerplatz.

Kanarienvogel 4,00, Vorkäufer 8,00, Buchbinder Reanderstr. 7.

Verschiedenes.

Deutsch, Rechtsprechen, Rechtschreiben, Schön schreiben, Schreibmaschine, Kassa, Korrespondenz, Buchführung, Rechnen. - Französisch, Englisch, Anfänger, Vorgelehrten. - Weiterbildung (Schulabschluss) Kinder, 6,00 an. Richard Nest, Oranienstr. 144. 1485*

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengelüste, Raterteilung. 2345*

Rechtsbureau, Prozessbeistand, Eingabengelüste, Raterteilung, Fall, Brannenstr. 137, Eingang Bernauerstr. 3406

Wer Stoff hat, fertige Anzug nach Maß von 15,00. B. Lewinsky, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a.

Gliches, Zeichnungen für Annoncen und Preislisten. Dauer, Wallstr. 39. 1915*

Fahrrad kauft Rappell, Schönbecker Allee 163 a. 122/1*

Goldfäden, Silber, Platin, Bahngelüste kauft Schmiederei Brunnenstr. 137, Eingang Bernauerstr. 3406

Größeres Vereinszimmer mit Pianino, noch Tage zu vergeben, Palladenstr. 24. 42/5*

Kleiner Saal für größeren Verein Montag, Rittweg frei, Brunnenstr. 150. 2496

75 Wennige! Eingabengelüste, Rahmungsbezüge, Raterteilung, alle billigt Straßb., Ehebeidung, Unterentfaltung, Beleuchtungs-, Annoncenlagen, Unfallsachen, Annoncengelüste, Kullow, Stalderstr. 141. Abens bis 10 geöffnet. 256b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Alter Parteigenosse, 1000 Mark bar, wünscht Beschäftigung als Kassendirektor, Comptobote, Annoncenbesitzer und dergleichen. Offerten erheben N. S. 6 an Postamt 65. 773

Comptoir, Geschäftsvormittlungsucht Kullow, Sorauerstr. 31. 714

Stellenangebote.

Allerorts Nebenverdienst für jedermann. Prospekte gratis. Hermann Wolf, Witten, Blücherstr. 885

Volterer auf Bügel, nur solche, verlangt Siegmund Engelmann, Metallwarenfabrik, Mantelstr. 123

Grundriener verlangt Köpferstr. 150. 2546

Gefangener vom Männergefangenenverein gesucht für Donnerstag oder Freitag. Offerten Volter, Reimonturierenstr. 60a. 713

Erbarbeiter, 50 tüchtige, verlangt in Lichtberg, Straße 19, vor der Anfall Bergstraße.

Tüchtigen Verüberer auf Blauze Stipe verlangen Keimann, Hennig & Co., Zeughofstr. 21. 714

Tüchtige Belegerin verlangt Ad. Bernmeister, Samidstr. 8a. 90/16*

Achtung! Brauerei-Arbeiter.

Die Brauerei Julius Bötzw, Postleierant, ist wegen Differenzen betriebs des Arbeitnachweises gesperrt. Die Agitationskommission der Brauerei-Arbeiter.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Greifswalderstr. 155/156, ist wegen Lohn-differenzen bis auf weiteres gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!

Schwer sind folgende Verhältnisse für Arbeiter, Einseher, Maschinenarbeiter und Kellerer: H. Schulz, Kranstr. 18/19. Ummeluth, Diefenbacherstr. 33. Lutz u. Engelbrecht, Götlicher Wc. Köhler, Stalderstr. 88. Kade, Reuterstr. 8. Warner, Kranstr. 52 (Gewerkschaft). Schuber, Nollmannstr. 10. Jarius, Köpferstr. 17. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen künftiger Überstundenarbeit haben die organisierten Kollegen der Arbeitervereine von Hahn & Metzow, Weihenauer, König-Chauffee 71, die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist für die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes gesperrt. Zutritt ist also fernzuhalten. 90/16* Die Ortsverwaltung.

Lokales.

Ein Hohenzoller als Kunstförderer.

Im Hinblick auf die am Sonntag erfolgte Einweihung der königlichen Akademie der Künste mag es angebracht sein, das Verhältnis zu betrachten, in dem einer der bedeutendsten Hohenzollern zur Kunst stand. Wir meinen den Nachfolger des Begründers der Akademie, König Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Wie dieser die Akademie der Wissenschaften zur Stätte großer Handwerkschöpfung herabwürdigt, so betrachtete er auch die Akademie der Künste als ein besonders unnützes Institut. Ein Jahr nach seinem Regierungsantritt setzte er die Einkünfte dieser Akademie, die unter ihrem Begründer 8000 Thaler ausgemacht hatten, auf 300 Thaler herab und legte ihr außerdem noch die Verpflichtung auf, für die ihr über dem Marstall eingeräumten Zimmer eine jährliche Miete von 50 Thaler zu zahlen. Die Pensionen und Gehälter der in der Residenz angestellten Künstler wurden gekürzt oder ganz aufgehoben und bald sahen diese Männer ein, daß für ihr Wirken kein Raum mehr in Berlin sei. Sie verließen, soweit sie vermochten, das verbotene Preußen und gingen ins Ausland. Wer aber durch Familienbände oder sonstige hier festgehalten war, mußte sich einschleimen und in die Umstände schicken; ja, es soll nach Streckfuß, dem wir hier im wesentlichen folgen, vorgekommen sein, daß die Meister ihre Kunst ganz aufgaben und zu irgend einer andern Arbeit griffen.

Der vom großen Kurfürsten angelegte und unter dessen Nachfolger prächtig mit Statuen, Arkaden und Grotten ausgeschmückte Lustgarten wurde geknackt, von einem Ende bis zum andern mit weissem Sande befahren und dann als Exercierplatz benutzt. Eine Grotte mit prächtigen Arkaden erhielt ein Lazarett als Werkstätte überwiesen, und das Orangeriehaus wurde ebenfalls zu industriellen Zwecken benutzt und später zu einem Hofschloß hergerichtet.

Doch ist nicht zu leugnen, daß Friedrich Wilhelm sich nimmer, so Berlin von Künstlern so ziemlich verlassen war, auf seiner Weise der Kunst annahm. Er begann seine Vieltheiligkeit zu entdecken und sich für einen vorzüglichen Maler zu halten. Um sich die Zeit zu vertreiben, verbrachte er manche Stunde an der Staffelei; und wie zu allen Zeiten, so gab es auch damals Schmiedler die Menge, welche dem König ein über das andre Mal versicherten, daß er ganz hervorragende Kunstwerke schaffe. Mit Vorliebe porträtierte der König seine Verwandten, die langen Kerls, aber auch Bediente und Bauern wurden dieser Ehre teilhaftig. Ein Maler Adelfing hatte die Porträts aufzuzeichnen und wenn dem König ein Pinselstrich mißglückte, erhielt der künstlerische Handlanger jedesmal eine reiche Tracht Prügel mit dem Maßstab.

Als Käufer kam der König bald darauf, aus seinen Vorlieben Gewinn zu ziehen. Er ließ eines Tages den Wälderhändler Schütz nach dem Tabakskollegium kommen und fragte ihn, was er ihm für die von ihm gemalten Bilder geben wolle. Schütz bot für jedes fertige Porträt einen Louisdor, erhielt jedoch die Bilder nicht zugewiesen, weil ein anderer Händler gar 100 Thaler für ein Bild zu geben versprach. Dieser Mann machte trotz des hohen Preises sein Geschäft mit den königlichen Subjekten. Er ließ die Bilder an seiner Ladentür aufhängen und gab ihnen die Ueberschrift: „Von der Hand Sr. Majestät des Königs gemalt!“

Nun ärgerte es doch den König, daß seine Kunstwerke öffentlich verschachtet werden sollten. Er schickte dem Händler das Geld wieder und forderte seine Bilder zurück; der Mann aber antwortete, er sei Kaufmann und könne unmöglich so wertvolle Sachen, an denen er bedeutend verdienen wolle, für den Einkaufspreis zurückgeben. So mußte der König dem Händler den gewünschten Profit gewähren und selbst den Käufer für seine Bilder machen. Von den Kunstwerken Friedrich Wilhelms I. haben sich manche erhalten; einige noch vorhandene Porträts von Bauern tragen die Inschrift: Fridericus Wilhelmus in tormentis pinxit — in Schmerzen gemalt, weil sie entstanden waren, während der König an Podagra litt. Mit Schmerzen hatten ihn aber auch die Bedienten und Bauern gefessen, denn wenn dem König die Arbeit nicht gelang, so prügelte er auf seine Modelle los oder strich ihnen einen Pinsel voll Farbe ins Gesicht und schrie dann töndend: „Nun bist Du gewiß getroffen!“ In dieser geistreichen Weise wirkte der Hohenzoller Friedrich Wilhelm I. für die Kunst und die künstlerische Erziehung seines Volkes.

Den Erholungsstätten vom Roten Kreuz, deren Wirken sich allgemeiner Anerkennung erfreut, ist ein Segner entstanden in dem Magistratskommissar für die Ort-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, Herrn Stadtrat Friedel. Die Erholungsstätten am Eichkamp, in Schönholz, in der Jungfernhöhe und auf dem Spandauer Berg wurden vor zwei Jahren auf Kosten des Vereins vom Roten Kreuz erbaut und dienen vornehmlich Mitgliedern der Krankenkassen tagsüber als Rekonvaleszentenheim. Es werden den Kranken Räume in frischer, freier Luft und in schöner Umgebung geboten, während sie sonst die ihnen vom Arzt vorgeschriebene Anstalt in gänzlichem Isolation auf den unliegenden Straßen und Plätzen ihrer Wohnung zubringen müssen. Auf der letzten Tuberkulose-Konferenz fanden diese Erholungsstätten vielfach lobende Erwähnung. Um den Kranken den Aufenthalt während des ganzen Tages zu ermöglichen, hat das Rote Kreuz die Einrichtung getroffen, daß für 30 Pf. den Besuchern ein Mittagbrod verabreicht wird. Vielfach ist es den Kranken bei der sorgigen Krankenunterstützung, die auch zum Unterhalt der Familie dienen muß, natürlich unmöglich, selbst diese 30 Pf. aufzubringen und so sehen sich einzelne Krankenkassen-Verwaltungen schon seit zwei Jahren in richtiger Auffassung ihrer Aufgaben veranlaßt, solchen erkrankten Mitgliedern, die Besucher der Erholungsstätten sind, das Mittagessen auf Kosten der Kasse zu gewähren. Bei einer jüngst vorgenommenen Revision einer Ort-, Krankenkasse erklärte nun der Revisor, daß er in Zukunft die Ausgaben für das Mittagessen beanstanden würde und stellte sogar in Aussicht, daß auch die Zahlung von Geldern, die die Kassen ihren Mitgliedern zur Fahrt von ihrer Wohnung zur Erholungsstätte bewilligten, moniert würde.

Es ist völlig verständlich, aus welchen Gründen der Magistratskommissar zum Verbot einer Krankenkassenleistung schreitet, die nach dem Urteil aller Gerichte die vorzüglichste Fürsorge für die Erkrankten bedeutet. Ueber 2 Jahre haben die betreffenden Krankenkassen die nebenbei verhältnismäßig geringen Aufwendungen für diese Zwecke, die durchaus im Rahmen ihrer Tätigkeit liegen, machen dürfen, um nun plötzlich darin behindert zu werden. Wird die Kasse den Kranken das Mittagessen und das Jahrgeld in Zukunft nicht gewähren dürfen, so wird die Zahl der Besucher wahrscheinlich gering werden und die Existenz der vom Roten Kreuz nur durch außerordentliche Opfer ermöglichten Erholungsstätten überhaupt in Frage gestellt. Der Bau von Erholungsstätten hätte schon lange Aufgabe der Gemeinde sein müssen. Wahrscheinlich betrachtet der Herr Magistratskommissar die durch private Mittel erbauten Erholungsstätten als eine berechtigte Klage gegen die sozialpolitischen Unterlassungssünden der freisinnigen Stadtverwaltung, zu deren Rechtfertigung er zeigen will, daß Erholungsstätten überflüssig sind. Die Krankenkassen werden hoffentlich kein Mittel unverzucht lassen, um diesen Streich unwirksam zu machen.

Von Zeit zu Zeit ist es einmal angebracht, den Einfluss zu beachten, den die freisinnige Unentwegtheit des Magistrats auf die deutsche Sprache ausübt. Vor kurzem hatte die Kaiserin

Geburtsdag, ein Ereignis, das die Stadtverordneten-Versammlung seit drei Jahren beinahe unbeschadet läßt. Anders der Magistrat, der der Dame den folgenden Glückwunsch zusandte:

Allerdurchlauchtigste, Großmächtigste Kaiserin und Königin! Allerhöchste Kaiserin, Königin und Frau! Eure kaiserliche und königliche Majestät bitten wir, unsre eheererbte Glückwünsche zum heutigen Wiegenfeste allergnädigst entgegenzunehmen zu wollen. Mit dem Ausdruck der innigsten Liebe sind heute die Augen des deutschen Volkes auf die hohe Frau gerichtet, welche an dem Geschehens unsres Vaterlandes so herzlichen Anteil nimmt und welche so viel Zeit und Mühe dem Wohle unsres Volkes und besonders unsrer Stadt widmet. In aufrichtiger Dankagung vereinen wir heute unsre Stimme mit den vielen, welche durch Eure Majestät Einderung in geistiger und körperlicher Not erfahren haben. Möge das Wirken Eurer Majestät auch in dem neuen Lebensjahre stets vom besten Erfolge begleitet sein. Gott erhalte, Gott schütze und segne Eure Majestät und das ganze kaiserliche und königliche Haus zum Heile des Vaterlandes und unsrer Stadt.

Eigentümlich, daß man im Verkehr mit Majestäten glaubt, der deutschen Sprache Dankschrauben ansetzen zu müssen.

Gegen die Beschäftigung von Unteroffizieren in hiesigen Banken hatte der Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen bei dem Generalkommando des Garderegiments Beschwerde erhoben, nachdem das Kriegsministerium diese Behörde als die zuständige bezeichnet hatte. In den bedeutendsten Bankhäusern ist die Beschäftigung herrschend geworden, Unteroffiziere, Zahlmeister-Applikanten, Kronargarden in immer zunehmender Zahl zu beschäftigen. Gerade in der Zeit der Krise, die Hunderte von Bankangestellten stellungs- und existenzlos gemacht hat, ist die Konkurrenz von Militär in den beteiligten Kreisen um so schwerer empfunden worden. Für eine geringe Bezahlung übernehmen aktive Soldaten in den Nachmittagsstunden die Bureauarbeiten, um die sich eine Schaar von entlassenen Angestellten vergebens bemüht. Nach zweimonatlicher Frist hat nun das Generalkommando dem Bevollmächtigten jenes Verbandes folgende Antwort übersandt:

„Auf die gest. Eingabe vom 29. August d. J. betreffend die Unterbringung der Annahme einer Nebenbeschäftigung in hiesigen Banken seitens der Unteroffiziere usw. erwidert das Generalkommando ergebenst nach eingehender Prüfung, daß es rechtlich nicht in der Lage ist, die Unteroffiziere in der Verwertung ihrer dienstfreien Zeit, wie dorther gewünscht, zu beschranken.“

Diese Unabhängigkeit, deren sich preussische Unteroffiziere nach dem Beschcheid des Generalkommandos zu erfreuen haben, ist wohl bis heute den meisten Kreisen unbekannt geblieben. Es ist daher bedauerlich, daß das Generalkommando nicht die Bestimmungen angeht, nach denen es ihm rechtlich unmöglich gemacht ist, die Verdrängung von Angestellten durch Soldaten, deren Existenz immerhin auf Kosten der Steuerzahler gesichert ist, zu verhindern. Mit den sonst so erschreckend weitgehenden Machtbefugnissen der Militärbehörden gegenüber den Mannschaften läßt sich dieser Beschcheid des Generalkommandos schwer vereinigen. Dem Herrn Kriegsminister dürfte es nicht erspart bleiben, an geeigneter Stelle diesen Widerspruch zu erklären. Den Bank-Angestellten aber wird die Antwort des Generalkommandos den Weg zeigen, auf dem sie sich der Lohnbrüder durch aktive Soldaten weichen können. In Zeiten der glänzendsten Geschäftskonjunktur haben sie an den Millionengewinnen der Banken keinen Anteil gehabt, in der Zeit des Niederganges werden sie auf die Straße gesetzt, um durch Unteroffiziere ersetzt zu werden. Nur durch einmütigen Zusammenschluß mit ihren Berufscollegen, durch die Unterstützung der Organisation werden sie erreichen können, was sie bisher vergeblich erbeten und erbetelt haben.

Bei der Rekruteneinweisung, die gestern im Lustgarten erfolgte, hielt der Kaiser eine Ansprache, in der er die Soldaten zur Selbstsucht, zu unbedingtem Gehorsam und zu christlicher Gottesfurcht ermahnte, ihnen die Bedeutung des Fahnenweides aus Herz legte, sie aufforderte treu zu sein auch im Kleinen, und sie mit den Worten entließ: „Nun geht hin und thut Euren Dienst.“

In früheren Jahren folgte in den Ansprachen vielfach ein Hinweis auf den „inneren Feind“. So noch 1900, wo der Kaiser den Militärstand auch einen besonderen Stand nannte. Bei der Vereidigung 1898 sagte der Kaiser „Wer meine Uniform antastet, der beleidigt mich selbst“; 1894 aber: „Ihr tragt des Kaisers Rod, Ihr seid dadurch anderen Menschen vorgezogen.“ Bei der Truppenvereidigung in Potsdam am 23. November 1901 fielen die bekannten Worte: „Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben laßt es vorkommen, daß ich Euch Befehle, Eure eignen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschleichen, was ja Gott verhüten möge. Aber auch dann müßt Ihr meine Befehle ohne Wurren befolgen.“

Der Beleidigungsprozess gegen den Freiherrn v. Münch sollte gestern vor der neunten Strafkammer am Landgericht I verhandelt werden. Es handelt sich hierbei um eine Grobthat, die Herr v. Münch verübt hat und in der er die angeblichen Gefeswidrigkeiten schildert, deren die württembergische Regierung sich bei seiner Entmündigung und Unterbringung in eine Irrenanstalt schuldig gemacht haben soll. Gegen v. Münch, der inzwischen die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat und hier auf freiem Fuß gelassen worden ist, hatte die württembergische Regierung nimmehr Strafanktrag wegen Beleidigung gestellt. Nachdem der Angeklagte in logisch klaren Ausführungen zunächst versucht hatte, die in der Verolthüre aufgestellten Behauptungen zu begründen, erklärte er sich bereit, sich medizinischen Sachverständigen auf die Dauer von sechs Wochen zum Zwecke der Beobachtung seines Geisteszustandes zur Verfügung zu stellen. Der Gerichtshof vertagte hierauf die Verhandlung und beauftragte die in der Sitzung anwesenden Sachverständigen mit der Beobachtung des Angeklagten.

Mit neuartigen Eisenbahnwagen 4. Klasse werden gegenwärtig auf der Strecke Berlin-Ansternburg Versuche angestellt. Während die gewöhnlichen Wagen 4. Klasse innen gar nicht oder zur Beförderung eines Frauen-Abteils nur einmal geteilt sind und die Eingänge an den beiden Längsseiten haben, besitzen die neuen Wagen mehrere Abteile, deren Eingänge sich an den Längsseiten befinden. Da die Abteile mit Sitzbänken versehen sind, gleichen sie fast den Wagen 3. Klasse und bieten den Reisenden einen gegen früher angenehmeren Aufenthalt. Reisende mit großen Traglasten haben den dafür bestimmten Wagen alten Systems zu benutzen. Während der Fahrt und am Endziel werden die Reisenden von Eisenbahnbeamten gefragt, wie ihnen die neuen Wagen gefallen sind und ob sie noch Änderungen zu machen haben. Die Ausfragen werden protokolliert und sollen die Grundlage bilden in der Frage, ob sich die Wagen bewähren und ob sie sich zur allgemeinen Einführung eignen.

Die Verhaftung des russischstämmigen Bernstein wird aus Hamburg gemeldet. Der aus Berlin und Hamburg ausgewiesene russischstämmige Bernstein, den in Hamburg eine Aufenthaltserlaubnis bis zum 1. November gewährt war, ist gestern dort verhaftet worden, wie es heißt, wegen zahlreicher Betrugsereien.

Ein empfehlenswerter Arzt. Eines großen Vertrauensbundes gegenüber einer Patientin war der praktische Arzt Dr. Georg Borchart, welcher gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand. An einem Junitage wurde der Angeklagte von einer jungen Dame wegen eines geringfügigen Leidens in Anspruch genommen. Sie wurde in einer Weise behandelt, die sie zur Verzweiflung brachte. Dann verschloß der Angeklagte die Thür, hielt die auf dem Stuhl sitzende Dame fest und lästete sie trotz ihres Sträubens auf die Wangen. Sie sprang dann auf und war weiteren Zubringlichkeiten nicht ansichtig. Sie stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Der Staatsanwalt erachtete das

Verhalten des Angeklagten für um so verdammenswerter, da man genötigt sei, einem Arzte Vertrauen entgegenzubringen. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof beließ es bei einer Geldstrafe, demnach diese aber auf 300 Mark.

Doch auch ehrliche Leute nicht gern mit der Polizei zu thun haben, zeigte sich bei der Festnahme eines Diebes in der Central-Markthalle am Alexanderplatz. Seit geraumer Zeit machten Händler in der Halle die Wahrnehmung, daß ihnen jedesmal, wenn der Andrang an ihrem Stande besonders groß gewesen war, einige Rüstchen Wein fehlten. Regelmäßig war dann auch ein Mann am Stande gewesen und hatte nach diesem und jenem gefragt, ohne etwas zu kaufen. Eine Frau, die auf der Galerie verkauft, sah nun gestern von dieser herab, wie sich der Mann wieder unten an einen stark besetzten Stand heranmachte, zwei Weinfischen unter den Arm nahm und mit ihnen verschwinden wollte. Sie trat plötzlich aus ihrem Versteck hervor und rief dem Standinhaber zu, daß er bestohlen worden sei. Als der Dieb hieraus hörte, daß er beobachtet worden war, kehrte er sofort um, stellte die Rüstchen wieder hin und that so, als ob nichts vorgefallen sei. Er wurde aber trotzdem festgenommen und als der Urintrauhändler Rudolf H. aus der Leibnizstr. 79 zu Charlottenburg erkannt. Jetzt ergab sich, daß einige Standinhaber den Dieb schon auf früherer That ertappt hatten. Sie hatten ihn aber wieder laufen lassen, um nicht durch Vernehmungen z. Zeit zu verlieren. Der Festgenommene ist wegen Diebstahls schon mehrfach verurteilt und wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Billige Stenografen wurden gestern nachmittag in dem Pützgeschäft in der Königsbergerstr. 64 zum Kauf angeboten. Ein Arbeiter Karl Schumann aus der Aligstraße verlangte für 60 weiße und 108 schwarze ungeschliffene echte Federn nur 18 M. und erbot sich, den andern Tag noch 600 Stück zu liefern. Der Geschäftsinhaber sah aus dem Angebot und der Person dessen, der es machte, sofort, daß hier etwas nicht richtig war. Er fragte den Mann nach allerhand Dingen, die in diesem Handel einschlagen, und da er keine befriedigende Auskunft erhielt, so ließ er ihn festnehmen. Ueber die Herkunft der Federn weiß Schumann nur, daß sein Freund Hafe sie ihm zum Verkauf gegeben habe. Freund Hafe soll auch die andern 600 noch haben, leider weiß Schumann nicht, wo er wohnt. Die Federn rühren ohne Zweifel aus einem Diebstahl her, der der Kriminalpolizei noch nicht angezeigt ist, daher wurde Schumann einstweilen festgehalten. Wo sich das Diebstahlgefährt befindet, hat er noch nicht mitgeteilt.

Gegen den hiesigen „Lokal-Anzeiger“ wollen, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, die Londoner „Times“ einen Prozeß anstrengen, weil Herr Scheel zu Lutrecht die Memoiren Strügers aus dem Londoner Blatt abgedruckt habe.

Im Verein für vollständige Kurse von Berlinern Hochschullehrern beginnt am Mittwoch, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, Professor Dr. Martin Mendelssohn seinen Vortragskursus über: „Die Herzkrankheiten, ihre Entstehung und ihre Verhütung“ in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, N.W., Dorothienstr. 13/14. Er wird am ersten Abend über das Herz des Menschen sprechen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für sechs Vorträge sind zu haben bei: Georg Belling, W., Leipzigerstr. 138; A. Schütz, O., Holzmarktstr. 60; Chr. Eichendorfer, O., Sophienstr. 20; F. E. Reber, W., Kurfürstenstr. 70; Bernhard Storr, S.W., Friedrichstraße 250; Centralbelle für Arbeiter-Bohlfahrtseinrichtungen, S.W., Dessauerstraße 14 (8 bis 3 Uhr).

Verfälschung eines Geißlichen. Der Selbstmord des Pastors Mag Wagner in Paphos bei Paruth in der Mark erregt in weiten Kreisen berechtigtes Aufsehen, da die That mit sittlichen Verfälschungen des Geißlichen im Zusammenhang steht. Vor drei Jahren nahm Wagner die damals kaum konfirmierte Frieda Schliebner Tochter des Schuhmachermeisters Schliebner aus Paruth, in seinen Dienst und hatte, wie sich jetzt herausgestellt hat, Umgang mit dem Mädchen, der nicht ohne Folgen blieb. Vor etwa 4 Monaten mußte das Mädchen auf Drängen der Frau Pastors den Dienst verlassen, worauf es sich nach Berlin wandte, um in einem Mädchenheim die Entbindung abzuwarten. Als es spät abends auf dem Bahnhof in Schöneberg ankam und sich hier bei dem dort diensthabenden Bahnbeamten Manze nach einem Mädchenheim erkundigte, bot ihm Manze Unterlunft in seiner Familie an, was auch angenommen wurde. Es erhielt Kost und Logis und zahlte dafür angeblich monatlich 25 M. Monatlich erhielt nun das Mädchen 100 M. von auswärtig zugesandt, und bald war es im Hause bekannt, daß dieses Geld von einem Geißlichen kam, der ein Verhältnis mit dem Mädchen habe. Wie nun Manze die Sache darstellte, ließ kürzlich bei der Schliebner ein Brief ein, in welchem der Pastor Wagner seinen Besuch ankündigte. Lediglich aus dem Grunde, um den Geißlichen von diesem Vorhaben abzuhalten, will nun Manze am vorigen Dienstag nach Paphos gefahren sein und dort eine Auseinandersetzung mit Pastor Wagner gehabt haben. Thatsache ist, daß sich Pastor Wagner kurz nach der Unterredung mit Manze in seinem Studierzimmer erhängte. Er war 42 Jahre alt und hinterläßt Frau und drei noch unerwachsene Kinder.

Vermischtes.

Bau-Angst. Aus Düsseldorf wird berichtet: Bei den Abbrucharbeiten in der Maschinenhalle der Ausstellung wurde einem Techniker aus Rheidt, der an einer Wunde beschäftigt war, der Kopf zerquetscht, so daß der Tod bald darauf eintrat. Außerdem erlitten mehrere Arbeiter leichte Verletzungen.

Defraudanten. In Chemnitz wurde der frühere hochangesehene Leiter des Chemnitzer Bauvereins in Kue, Küchmeister, wegen Defraudationen in Höhe von 100 000 M. verhaftet. Die Verhaftung erregt naturgemäß großes Aufsehen. — Der zweite Fall betrifft umfangreiche Steuer-Defraudationen im bürgerlichen Brauhaus zu Pilsen, die jetzt, nachdem sich die Aufregung über die Millionen-Unterschlagungen in der gleichfalls rein ezedischen St. Wenzel-Kanal in Prag kaum gelegt, entdeckt wurden. Wie die „Österreichische Rundschau“ in Wien meldet, ist es im bürgerlichen Brauhaus zu Pilsen zu umfangreichen Steuerhinterziehungen gekommen, welche wohl schon lange Zeit hindurch zum Schaden des Fiskus vorgenommen worden sind. Auf die Anzeige eines Finanz-Oberaufsehers in Pilsen verfügte die k. k. Finanz-Landesdirektion in Prag telegraphisch über den Kopf der Finanz-Bezirksdirektion in Pilsen hinweg die Suspendierung der dortigen Steuer-Aufsichtsdorgane, ließ dieselben durch Heranziehung von Sachorganen ersetzen und leitete gegen die Schuldtragenden und gegen die Betriebsleitung des bürgerlichen Brauhauses, das bekanntlich den kaiserlichen Adler im Schild und Siegel führt und ein großes ezedisches Unternehmen ist, die Untersuchung ein.

Die Cholera in Palästina. Dem „Standard“ wird aus Jerusalem unter dem 23. Oktober geschrieben, daß etwa um die Mitte dieses Monats die asiatische Cholera von Kegypten nach Palästina übertragen worden ist, in Gaza und Lydda heftig tobt und auch in Jaffa aufgetreten ist. Eine amtliche Liste der Sterbefälle wird nicht geführt, aber trotzdem glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, daß bereits über 400 Todesfälle vorlomen. Die Opfer der Krankheit sind meistens eingeborene Mohamedaner. Der Gouverneur von Jerusalem hat sehr energische Abwehrmaßnahmen getroffen und den Eisenbahnverkehr mit Jaffa eingestellt. Man sagt, daß der mangelhafte Grenzschutz an der aegyptischen Grenze die Einschleppung verschuldet habe. Man setzt große Hoffnung auf den jetzt eingetretenen Wetterumschlag.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 5. November 1902. Ein wenig kälter, teilweise aufflarend, vorwiegend neblig bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Streitkopf. Die erste Verlobungsfeierung mittels Elektrizität geschah auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879, wo die Firma Siemens u. Halske eine elektrische Bahn errichtet hatte.

N. G. Verlässlichen Rat geben wir nicht im Briefkasten. Suchen Sie einen ordentlichen Arzt an.

N. N. N. Sa. - G. M. Der Antrag auf Rückzahlung mich innerhalb eines Jahres nach Beschließung gestellt sein. Gebebt müssen mindestens 200 Mark vor der Debit sein. Sind Quittungskarten verloren ge-

gangen, so sind neue zu beschaffen. Für die Ausstellung neuer ist die Orts-Polizeibehörde, in Berlin das Polizeirevier zuständig. - Selbstversicherer. Es sind von Selbstversicherern die gelben, von Selbstversicherern graue Quittungskarten zu benutzen. Die Bundesrats-Verordnung, deren Fassung unrichtig war, ist in diesem Sinne erläutert. Demgemäß ist auch in der neuesten Ausgabe des von Ihnen erwähnten Buches eine Veränderung erfolgt. - N. G. 84. Da ist guter Rat schwer. Das Institut ist uns unbekannt. Der Betrag mit Ausnahme des § 4 erscheint günstig. Unterschreiben nur Ihre Tochter, nicht Sie, so ist nur das Institut, nicht Ihre Tochter gebunden. Vielleicht wählen Sie diesen Weg oder führen die Zeit auf ein Jahr ab. - Bäckereien. Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Quittungskarten sind durch neue zu ersetzen. Da die neue Karte

sind die in der älteren nachweisbar entrichteten Beträge in beiläufiger Form zu übertragen. Der Antrag ist an die Ortspolizeibehörde (in Berlin an das Polizeirevier) zu richten. - W. Z. 31. 1. Wegen Ausnahmeverfahren wenden Sie sich am besten an die Anstaltsstelle des Reichs (Schellingstr. 4, II. Spruchst. 11-3 Uhr). 2. Ja, Sie geht auch durch Abwesenheit in der Regel nicht verloren. Sie können noch einberufen werden. - Franz 8. 20. 1. Ja. 2. Für Vormund müßte beim Amtsgericht ein Nachzahlung liegen. - N. R. 19. Reflektieren Sie schleunigst bei der Rigorosen Gemeinde unter Vorlegung Ihrer Berliner Laitsung. - S. St. 100. Die für einige mitteldeutsche Staaten bestehende Vorschrift, daß die Propaganda durch Briefe für den aufrechten Anfall Klimente zahlen müssen, ist seit dem 1. Januar 1900 beseitigt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau Pauline Klawitter geb. Dittmann am 3. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitagmorgen 2 1/2 Uhr vom Augusta-Hospital nach dem neuen Paradies-Friedhofe statt. Um fälliges Beileid bittet Franz Klawitter nebst Kindern.

Briketts billig. Herrmanns Kohlenlager, O. Mühlentstr. 12. Wegen Aufgabe meines Bahnpfades offeriere ich Senftenberger Briketts Abnahme von 3000, 5000, 10000 Std. frei Keller 7, 7,50, 7,25, 7,- frei Boden 50 Pf. pro 1000 Std. mehr, ab Lagerplatz einschließlich. Brand-Briketts a Gr. 60 Pf. ab Maß. Sämtliche andern Brennmaterialien ebenfalls billig. 55722*

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Gewerkschaft U. Fuhrmann für die herzliche Teilnahme und schönen Kranzgeschenken bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters, Bruders und Schwagers sagen hiermit unsern tiefgefühltesten Dank. Ww. Marie Diederichs nebst Tochter Carl Diederichs und Frau.

Rote + Lose. Ziehung 13.-18. Dezember 1902. Hauptst. 100000, 50000 R. barre. Lose 3.50 M. Porto und Afte extra 30 Pf. 55062* J. Racher, Kollektor, Mainz.

Roh-Tabak. Gedächtniswahl, billigste Preise. 54972* Edmund Lindenstädt, Brunnen-Strasse 16.

Arbeiter - Genußgenossenschaft „Paradies“ E. G. m. B. D. 127/18 Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Vorstands - Sitzung bei Schaller, Zalkstr. 125.

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Sortierer und deren Hilfsarbeiter zu Berlin. Einladung zu der am 12. November cr., abends 6 Uhr stattfindenden Arbeitgeber - Versammlung im Restaurant Hempel, Rosenhaldenstr. 11/12.

Arbeitgeber - Versammlung im Restaurant Hempel, Rosenhaldenstr. 11/12. Tages-Ordnung: Wahl von 32 Vertretern zur General-Versammlung. Der Vorstand.

Desgleichen abends 8 Uhr im selben Lokal: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: Wahl von 87 Vertretern zur General-Versammlung. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder, welche dem § 4 letzter Absatz des Statuts genügen. 2515 Der Vorstand.

Künstliche Zähne 2 Mk. an. Wunden, schmerzlos, Zahnschmerzen 12 St. Langjähr. Garantie. Teilzahl. gestattet. 10 Proz. Rabatt bei Vorzahlung. Zahn-Atelier Gust. Freyhoff, Schwedterstr. 215a, I., Ecke Kastanien-Allee.

Leydeckers Salon Sophienstrasse 31. Sonnabend, den 8. November 1902: VI. Stiftungs-Fest veranstaltet vom Socialdemokratischen Wahlkreis 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis bestehend in Konzert und Auftreten der beliebten Max Eichlers Quartettfänger und Humoristen. Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Genossen Emil Rosenow. Nachdem: Grosser Ball. Anfang 8 Uhr. Entree inkl. Garderobe 35 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Das Komitee. S. H.: H. Weise.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Sonnabend, den 8. November 1902: Sinfonie-Konzert ausgeführt vom Berliner Tonkünstler-Orchester unter Mitwirkung des Berliner Männerquartetts Harmonie (Doppel-Quartett) in Kellers festsaal, Kopenstrasse 29. Nach dem Konzert: Grosser Ball. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Während des Konzerts bleiben die Saalthüren geschlossen. Das Rauchen im Konzertsaal ist verboten. Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 30 Pf. NB. Billets sind auf sämtlichen Zahlstellen, sowie im Bureau Engel-Ufer 15 I., Zimmer 10, zu haben. 90/15 Das Komitee.

Anker-Brikets für Bäckereien, Brauereien, Brennerien, sowie für alle industriellen Zwecke in Halbstein- und Würfelformat liefern zu ausserordentlich billigen Preisen. Friedr. Daniel & Co. Berlin W. 8, Leipziger Str. 29. Telephone: Amt L. 355. Goldene Medaille Paris 1889. 108/6 empfehle meine solid und dauerhaft gearbeiteten, Tag und Nacht tragbaren Gürtelbruchbänder ohne Federn, Leib- und Vorkleidbänder, Suspensoren. Für jeden Bruchband Extra-Anfertigung. Kein Druck wie bei Federbändern. Außerordentlich zahlreiche Anerkennungsbriefe. Rein Berliner mit Rußern am Abend in Berlin. Sonnabend, 8. November, 9-4; Sonntag, 9. November 11-2; Montag, 10. November, 9-2 und Dienstag und Mittwoch, 11. und 12. November, 9-4; Hotel Braunes Ross, Strauchstr. 16. Bandagen-Fabrik L. Bogisch, Stuttgart, Ludwig-Strasse 76.

15. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 15th drawing of the 4th class of the Prussian lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.

15. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 15th drawing of the 4th class of the Prussian lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.

15. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 15th drawing of the 4th class of the Prussian lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.

15. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 15th drawing of the 4th class of the Prussian lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.